

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

44. Woche für die Zeit vom 31. Oktober bis 6. November 1902.

Posen, den 11. November 1902.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 252 des Dziennik Poznański

vom 31. Oktober 1902:

A u f r u f

des Provinzial-Wahlkomitees des Großherzogthums Posen an die Kreiskomitees zu Händen des Herrn Vorsitzenden.

Im Jahre 1903 läuft die fünfjährige Periode der jetzt thätigen gesetzgebenden Körper ab und es werden Neuwahlen zum preussischen Landtage und deutschen Reichstage stattfinden. Obwohl der uns von den künftigen Wahlen trennende Zeitraum ein noch ziemlich langer ist, erachtet das Provinzialkomitee es für angezeigt, jetzt schon die Kreiskomitees zur Vornahme der Wahlvorarbeiten aufzufordern, indem es der Ansicht ist, daß die viel Zeitaufwand und große Mühe erheischenden Vorarbeiten das Wesen der Wahlagitation ausmachen, während die Generalversammlungen in den Kreisen, die Aufstellung der polnischen Kandidaten und die Vertheilung der Wahlzettel den formellen Abschluß der ganzen Handlung bilden.

Die verehrten Vorsitzenden der Kreiskomitees wollen daher ihre Wahlthätigkeit mit der Einberufung ihrer Komitees zwecks deren Vervollständigung beginnen. Seit den letzten, im Jahre 1898 stattgefundenen Wahlen, sind vier Jahre verstrichen und in diesem langen Zeitraum sind sicherlich in manchen Komitees und Unterkomitees bedeutende Lücken in den Reihen ehemaliger Mitglieder entstanden, während die Wahlklassen leer da stehen. Diese Lücken müssen durch die Ernennung neuer und williger Mitarbeiter ausgefüllt und die Wahlklassen mit neuen Mitteln versehen werden. Das auf diese Weise vervollständigte Komitee muß die Verhältnisse seines Kreises prüfen und auf Grund der Sachlage einen genauen Plan des ganzen Wahlkampfes ausarbeiten. Ohne diesen von vornherein aufgestellten Plan kann von einer systematischen und erfolgreichen Wahlagitation keine Rede sein; es würde dies eitle Mühe und Arbeit sein.

Bei Aufstellung des Planes für die Wahlkampagne müssen die Ergebnisse der letzten Wahlen als Unterlage genommen werden. Es muß namentlich ermittelt werden, wie viele polnische Wähler im

Kreise vorhanden waren und wie viele für den polnischen Kandidaten gestimmt haben. Aber es genügt nicht, im Allgemeinen das prozentuelle Verhältniß der Stimmenden festzustellen, es müssen in den einzelnen Fällen die Gründe kennen gelernt werden, aus welchen eine gewisse Anzahl der polnischen Wähler sich an der Abstimmung gar nicht theilnahmte und weshalb Andere für die Gegner stimmten. Alle von Polen bewohnten Ortschaften müssen der Reihe nach durchgenommen werden, der Grad ihrer politischen Bildung, ihres Nationalbewußtseins und ihrer ererblichen Abhängigkeit von den Fremden muß geprüft werden, um entsprechend dem Bedürfnis die geeignete Art des Verfahrens zu organisiren. In einen besonderen Schutz müssen diejenigen polnischen Wähler genommen werden, welche, in nationaler Hinsicht passiv, ihrer Bürgerrechte nicht bewußt, unter dem Einfluß fremder Brodherren bleiben. Tausende von Stimmen würden unsere polnischen Kandidaten mehr erhalten, — namentlich in den für uns unsicheren Wahlbezirken — wenn wir durch eine zielbewußte Wahlagitation zu dieser zahlreichen Gattung von Wählern durchdringen könnten. Durchdringen aber kann man nur, wenn man schon lange vor dem Wahltermin mit den Wählern in Berührung zu kommen sucht. Als den sichersten, zu dem Ziele führenden Weg erachtet das Provinzial-Wahlkomitee die Veranstaltung von zahlreichen Orts-, namentlich von Parochialversammlungen. Solche Versammlungen sind überall nöthig, aber unentbehrlich dort, wo die polnische Bevölkerung vernachlässigt oder vom fremden Einfluß bedroht ist. Aufgabe dieser Versammlungen wird sein: Die Anregung der Wähler, sich für die öffentlichen Angelegenheiten zu interessiren, ferner die Verbreitung der politischen Bildung und die Hebung des Nationalbewußtseins. Die Wahl der Mittel wird von den Kreiskomitees abhängen, welche, auf Grund gewissenhafter Prüfung, mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sein müssen.

Indem das Provinzial-Wahlkomitee die Kreiskomitees zu einer derartigen Organisation der Wahlagitation auffordert, ist es vollständig davon überzeugt, daß in vielen Kreisen, mangels williger und intelligenter Arbeiter, sowie mangels entsprechender Wahllokale, mit vielen Schwierigkeiten wird gekämpft werden müssen. Das Provinzial-Wahlkomitee empfiehlt trotzdem, diesen Weg zu wählen, denn es ist fest davon überzeugt, daß nur auf diese Weise bei den nächstjährigen Wahlen günstige Erfolge erzielt werden können und in der Hebung des nationalen und bürgerlichen Bewußtseins der breiten Wählerkreise ein Schritt vorwärts gemacht werden kann.

Die Wichtigkeit der Aufgabe und das Interesse der Sache müßten zur Ueberwindung aller Schwierigkeiten anregen und den Ansporn zur angestrengten, frühzeitigen und lohnenden Arbeit bilden.

P o s e n , im Oktober 1902.

Das Provinzial-Wahlkomitee für das Großherzogthum Posen.

Dekan Antoniewicz, Vorsitzender,
Kammerherr Cegielski, stellvertretender Vorsitzender,
Dr. Krzywicki, Schriftführer,
Direktor M. Wiencowski, Kassirer.
Dr. Anton Chlapowski. Julian v. Brzeski.
Dr. L. Szuldrzynski.

Aus Nr. 253 des Postep
vom 1. November 1902:

Aus Anlaß des Aufrufs des Provinzial-Wahlkomitees schreibt der Postemp:

In der gestrigen Nummer brachten wir den Aufruf des Posener Provinzial-Wahlkomitees. Man kann das Komitee nur loben, daß es bei Zeiten an die Arbeit bezüglich der Wahlen geht und die Kreis-komitees zur Thätigkeit nach dieser Richtung hin anregt und aufmuntert. Es weht sichtlich ein lebhafterer und wärmerer Geist in unserer höheren Wahlbehörde, die aus jener veralteten Erstarrung erwacht ist, welche die frühere Thätigkeit des Provinzialkomitees bewahrt hat. Beizeiten zu den Wahlen aufzumuntern, das ist eine der wichtigsten Arbeiten. Nun sagt aber das Provinzialkomitee, daß uns noch eine geraume Zeit von den Reichstagswahlen trenne. Wir sind mit dieser Meinung nicht ganz einverstanden. Die Zeit der Vorwahlen ist nicht eine so umfangreiche, als daß eine erfolgreiche Agitation durchzuführen wäre. Manche deutsche Parteien agitiren und wirken längst, man hat sogar schon Kandidaten für manche Kreise aufgestellt. Am rührigsten in dieser Beziehung sind die Sozialdemokraten, die schon sehr energisch und lebhaft agitiren und die Zeit der Vorwahlen für ihre Zwecke ausnützen. Diese frühzeitige Emsigkeit und Rührigkeit betreffs der Wahlen sollte auch unsere Gesamtheit lebhaft interessieren.

Mit Recht fordert das Provinzialkomitee auf, bei Zeiten den Plan der ganzen Wahl-Kampagne vorzubereiten, denn ohne einen solchen zurechtgelegten Plan kann von einer systematischen und erfolgreichen Wahlagitation nicht die Rede sein. Bisher ist solches nicht geschehen. Die gesammte Wahlagitation hat — ausgenommen in einigen Wahlkreisen — erst einige Tage vor den Wahlen begonnen. Es wurde eine amtliche Hauptversammlung abgehalten, zu der nur wenige erschienen waren, dann aber wurde nichts weiter mehr gethan. Versammlungen und Wahlversammlungen, diese mächtigen, unsere breiten Volksschichten aufklärenden Faktoren, sind so wenig wie möglich veranstaltet worden, weil man solches als überflüssig erachtete. Die ganze Wahlthätigkeit ruhte in vielen Kreisen in den Händen einer oder einiger Personen. Wie sollten dann wohl die Wahlen günstig ausfallen! Wollte man wählen, so fehlte es manchmal an Zetteln dazu. Um die Wahlzettel wurde ewig Klage geführt. Und noch um Mehreres. Manche Vorsitzende der Komitees erlaubten keinem Anderen zu agitiren, nur sie selbst wollten das thun. Die Wahlversammlung fand bei fast leeren Räumen statt, die Wahlagitation war infolgedessen eine schlechte; aber die Mitglieder der

Komitees waren die Herren der Situation und ernannten zu Abgeordneten solche Personen, die ihnen gefielen; andere wurden zur Betheiligung nicht zugelassen.

In den heutigen gespannten nationalen Verhältnissen würde eine nach der früheren Art betriebene Agitation nichts nütze sein. Heute bedarf es einer spannkraftigen, zielbewußten Agitation, die in die äußersten Winkel eindringen muß und die auch die Gleichgiltigsten für die Wahlen zu erwecken im Stande ist. Die Wahlversammlungen sollten eine politische Schule für unser Volk werden, denn die breiten Volksmassen sind in sozialpolitischer und in nationaler Hinsicht wenig aufgeklärt. Tausende lesen weder eine polnische Zeitung, noch ein polnisches Buch, noch eine Broschüre, die ihren Geist etwas wecken und ihr politisches Wissen erweitern würde.

Besondere Anstrengungen sollten die Kreis-komitees mit dem polnischen Volke unternehmen, welches bei deutschen Herren in Diensten steht. Man muß die Leute dahin bringen, daß sie für einen polnischen Kandidaten stimmen, oder sich bei der Wahl eines deutschen Kandidaten der Stimme enthalten. Die Sache ist hier sehr schwierig, wenn unser Volk aber mehr aufgeklärt wäre, so könnte es sich mit geeinten Kräften gegen die Wahl eines deutschen Kandidaten sträuben.

Das Provinzialwahlkomitee erinnert in seinem Aufrufe an die Leere der Wahlkassen, und es hat Recht hierin. Bisher haben diesen freiwilligen Beitrag nur die Geistlichen und der Adel gezahlt. Die wohlhabenderen Stadtbewohner und die bäuerlichen Wirthe haben die Wahlkassen weniger unterstützt, die breiteren Volksschichten aber haben überhaupt nichts zu Wahlzwecken gegeben. Auch hierin muß nothgedrungen eine Reform vorgenommen werden. Es hängt das von den einzelnen örtlichen Verhältnissen ab, auf welche Weise die Gelder einzusammeln sind. Dem Volke muß man in Erinnerung bringen, daß das eine nationale Sache sei, welche solche finanzielle Opfer erfordert. Man muß das Volk beizeiten daran gewöhnen, Geld zu Wahlzwecken zu geben, denn vom Adel und von den Geistlichen kann man nicht alles verlangen, namentlich deshalb nicht, weil gerade der Adel heutzutage sehr in Anspruch genommen ist. Hier ist ein weites Feld zur Arbeit offen.

Das Provinzial-Wahlkomitee muß das alles in Betracht ziehen. Die Verbreitung des Aufrufs allein thut es nicht, denn es kann gewiß sein, daß sich in vielen Wahlkreisen die Wahlkomitees nicht sehr in Bewegung setzen werden, weil sie an die frühere Saumseligkeit gewöhnt sind. Solche Komitees müssen angeregt werden, man muß sie — trivial ausgedrückt — mit der Dünger-Gabel an die Wahlarbeit treiben. Die Trägheit und Nachlässigkeit bei den Wahlen ist bei uns sehr groß, man muß daher mit ganzer Kraft neues Leben in unsere Wahlarbeit hineinzubringen suchen — und die Resultate werden sich nach den Wahlen zeigen. Man kann dem Provinzial-Wahlkomitee für die erste Austheilung der Loosung zu dieser Arbeit nur Beifall spenden.

Aus Nr. 257 des Goniec Wielkopolski
vom 7. November 1902:

Betrifft die Ausstellung.

Am Dienstag fand eine Versammlung der Industriellen statt, in welcher über die zu veranstaltende landwirthschaftliche Industrieausstellung berathen

wurde. Dem vorläufigen Komitee gehören folgende Herren an: Otmianowski, Kuzaj, Lisowski, Lewandowski, Wasowicz, Chociszewski, Krause, Stolpe aus St. Lazarus und Czecha-Glowno. Das Komitee erhielt den Auftrag, an alle Industrievereine Rundschreiben zwecks Benachrichtigung von den die Ausstellung betreffenden Einzelheiten zu versenden. Der alte Industrieverein trägt vorläufig die Kosten und erledigt alle Sachen.

Aus Nr. 250 des Goniec Wielkopolski
vom 29. Oktober 1902:

Betrifft die Berufsgenossenschaften.

Gestern, den 27. d. Mts. fand in Wilda eine von dem Vorstände christlicher vereinigter Genossenschaften einberufene Versammlung statt, zu welcher etwa 200 Personen erschienen waren. Es wurde in deutscher Sprache verhandelt. Das Hauptwort führten die Posener Sozialdemokraten mit ihrem Agitator Gogowski, einem Deutschen, an der Spitze. Eröffnet wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden des Ortsverbandes christlicher Bauarbeiter, dem Maurer Künzel. Hierauf sprach der Delegierte des deutschen christlichen Verbandes, Burgscheidt aus Köln am Rhein, und gab sich Mühe, die Versammelten von der Nothwendigkeit der Organisation in den christlichen Verbänden zu überzeugen. Der Verband bestehe bereits seit sechs Jahren und zähle schon 175 000 Mitglieder. Der Vorstand dieses Verbandes verfolge den Zweck, möglichst viele Versammlungen einzuberufen, um die Handwerker und Arbeiter von der Wichtigkeit der christlichen Organisationen zu überzeugen. Ueber die Posener Presse ließ sich Herr Burgscheidt nicht sehr schmeichelhaft aus und er hatte doch wahrscheinlich die polnische Presse im Sinn, welche er des Mangels an gehörigem Urtheil über die Bedeutung der christlichen Verbände beschuldigte. Die Arbeiterverhältnisse seien im Osten, seiner Ansicht nach, sehr traurige und die christlichen Berufsgenossenschaften strebten die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter an, welche ihnen möglichst zahlreich beitreten müßten. Es handele sich darum, den Arbeiter durch Bildung zu heben. Denn es genüge nicht, zu arbeiten, man müsse auch Bücher und Fachschriften lesen, damit jeder Arbeiter über seine Lage gehörig unterrichtet sei. Redner lobte auch den christlichen Verband, welcher für die Arbeiter insofern mehr erreichen könne, als er bei der Regierung besser, als der sozialdemokratische Verband angeschrieben sei.

In gleichem Sinne sprach auch der zweite Delegierte des christlichen Verbandes, Jacobi aus Berlin. Nach diesen sprachen die Sozialdemokraten: Wons, Matuszewski, Gogowski und Karabasz.

Die Sozialisten griffen den christlichen Verband an, welcher ein Werkzeug in den Händen des Zentrums sei und in politischer Hinsicht ausgebeutet werde, er habe deshalb das Interesse des Arbeiters nicht im Auge. Während der Arbeitseinstellungen in Breslau und in München hätten gerade die Mitglieder des christlichen Verbandes der Erreichung eines vollständigen Sieges hindernd im Wege gestanden. In konfessioneller Hinsicht übe angeblich im sozialdemokratischen Verbande Niemand einen Druck auf irgend Jemandes Ueberzeugung aus. Die Versammelten nahmen die Ausführungen dieser und jener Redner beifällig auf, was doch beweist, daß die polnischen Arbeiter die deutschen Verhandlungen nicht verstanden.

Wir erfahren daraus, daß auf den polnischen Arbeiter auf der ganzen Linie, von Myslowitz bis Danzig, eine Treibjagd veranstaltet wird. Einerseits wollen die Sozialisten, andererseits das Zentrum den polnischen Arbeiter an sich heranziehen. Sowohl die Einen, als auch die Anderen begreifen die Bedeutung der Volksmengen, namentlich bei den Wahlen; ist es da zu verwundern, wenn dem polnischen Arbeitervolke Netze gestellt und auf dasselbe Treibjagden veranstaltet werden? Zu dem Kampfe um den polnischen Arbeiter treten Sozialisten und Zentrumsanhänger an. Doch sowohl von der einen, als von der anderen Seite droht dem polnischen Arbeiter eine große Gefahr. Sie wollen ihn als das gefügige Werkzeug gebrauchen, indem sie stufenweise, aber andauernd das Nationalbewußtsein in ihm tödten. Sie wollen ihn durch verschiedenes Blendwerk täuschen und geben sich Mühe, daß er auf diesen Leim, nicht zu seinem Vortheil, sondern zu seiner materiellen und geistigen Ausbeutung hereinfalle. Werden sie das Ziel erreichen? Sie werden es erreichen, wenn wir nicht selbst und zwar gleich, ohne Verzug an's Werk gehen.

In Oberschlesien und in manchen Gegenden Westpreußens haben die Arbeiter- und Volksvereine des Zentrums in den Reihen des polnischen Volkes derartige Brechen geschlagen, daß uns das Herz bei dem Anblick dessen blutet, was die Zentrumsgermanisatoren, mit der Geistlichkeit an der Spitze, angeben. Andererseits wird unser Volk von den Sozialdemokraten auf eine nicht minder gefährliche Art irreführt und es werden von diesen ähnliche Brechen in die nationale Existenz unseres Volkes geschlagen. Ihnen genügen aber die Grenzmarken nicht. Sie wenden sich mit ihrer Agitation gegen den Mittelpunkt, gegen die Provinz Posen selbst. Und sollen wir dem Allen ruhig zusehen und erst Lärm schlagen, wie das bei uns häufig der Fall ist, wenn es zu spät ist? Sie führen das Volk vor unseren Augen irre, sie verhandeln in deutscher Sprache und agitieren nachdrücklich. Unser Arbeiter versteht nicht recht diese deutschen Agitatoren, da ihm jedoch von keiner Seite geholfen wird, ist er im Stande, sich schließlich irreleiten zu lassen. Wir besitzen bereits einen polnischen Gewerksverein, in welchem der polnische Handwerker und Arbeiter allein die nöthige Unterstützung finden kann, doch der Verein ist bis jetzt schwach. Die Förderung desselben mit allen Kräften liegt im nationalen Interesse. Der vierte Stand, der polnische Arbeiter, hat das Recht, Schutz von der Gesellschaft zu verlangen, letztere muß ihm Schutz und Hilfe gewähren, andernfalls wird uns das Vaterland gekürzt werden, ohne daß wir es merken. Es dürfte nicht schwer fallen, zu der Ueberzeugung des Arbeitervolkes den richtigen Weg zu finden, denn noch hat man es nicht vermocht, die nationalen Ideale aus seinem Herzen zu entfernen. Zu den Herzen des polnischen Arbeiters haben wir den rechten Schlüssel, die Muttersprache, welche uns von vornherein das Uebergewicht über die in fremder Sprache Reden haltenden Agitatoren verschafft, wie dies in der gestrigen Versammlung in Wilda der Fall war, wo nur Karabasz polnisch sprach. Bedienen wir uns dieses Schlüssels zur rechten Zeit, begeben wir uns in die polnischen Arbeiterkreise, unterstützen wir mit aller Kraft den polnischen Gewerksverein. Es ist dies ein wichtiger Vorposten, welchen wir gehörig besetzen müssen, andernfalls wir eine Niederlage von der Seite erfahren können, von welcher wir eine solche bis jetzt nicht befürchteten.

Aus Nr. 474 des Kurjer Poznański
vom 30. Oktober 1902:

Ueber unser Verhältniß zu Rußland.

Immer mehr Stimmen werden in der russischen Presse laut, welche auf eine Annäherung zwischen den Polen einerseits und der russischen Regierung bezw. Nation andererseits abzielen. Hat doch erst vor ein paar Tagen die scharfe und unerbittliche russische Zensur die Veröffentlichung eines bezeichnenden Briefes eines hohen Staatsbeamten, des Generals Kiziejew, gestattet, welcher vollständige Selbstverwaltung für die Polen fordert.

Die polnische Presse beobachtet dem gegenüber eine abwartende und zum Theil leider skeptische Haltung. Die Sache ist von so großer Tragweite, daß ich glaube, es sei an der Zeit, sie näher zu überlegen.

Vor allem betone ich, wie ich dies bereits mehrfach gethan habe, daß ein politisches Verhältniß der Polen zur russischen Regierung bei der jetzigen Konjunktur einzig im Bereich der Grenzen des russischen Staates existiren kann. Die Polen unter anderer Herrschaft dürfen sich in dies Verhältniß weder hineinmischen, noch dürfen sie darauf einen Einfluß ausüben, und unsere Landsleute aus dem russischen Landestheil können einzig selbst entscheiden, welche Stellung sie der dortigen Regierung gegenüber einzunehmen haben. Wo von den Polen überhaupt die Rede ist, da kann es sich einzig um das Verhältniß der polnischen Nation zur russischen handeln.

Wird die Frage so hingestellt, so giebt es unter unserer Volksgemeinschaft viele, welche sie absolut nicht verstehen. Ich wundere mich darüber nicht, da die Auffassung der sozialen Angelegenheiten von den Verhältnissen abhängt, unter welchen die betreffende Generation aufgewachsen ist. Das 19. Jahrhundert hat nun eine durchaus irrige Auffassung des Staatsbegriffes gezeitigt. Gott hat die Menschheit in Nationen getheilt, und erst die Menschen haben Staaten geschaffen. Die Konzentration aller sozialen Bedürfnisse und Ideale liegt in dem Begriff Nation, und der Begriff Staat existirt nicht, wie viele meinen, seiner selbst wegen, sondern einzig als äußere Gestaltung jener sozialen Konzentration.

Das gegenwärtig abtretende Geschlecht ist aufgewachsen und erzogen unter dem Einfluß jener irrigen Idee, daß der Staat ein Abstraktum sei. Diese Idee entstand nach dem Wiener Kongreß, als die Idee entstand nach dem Wiener Kongreß, als die zufällig und willkürlich, auf Grund eines augenblicklichen Machtübergewichts, nicht aber auf Grund des Wohles der Völker gestalteten Staaten sich zu dem sogenannten europäischen Konzert verbanden, das auf der Wacht des Rechts und der Ordnung stehen sollte, in Wirklichkeit aber die ganze Welt 50 Jahre hindurch in Knechtschaft gehalten hat und überall der Entwicklung wahrer Freiheit und Gerechtigkeit hindernd im Wege gestanden hat.

Daher gewöhnte sich auch das damalige Geschlecht auf der ganzen Welt daran, die Verhältnisse der Völker untereinander vom staatlichen Standpunkt aus zu betrachten, statt vom nationalen. Diese Anschauungsweise hat mittelbar auch bei uns die Oberhand gewonnen; Beweis dafür ist, daß viele unter uns noch die polnische Frage ausschließlich vom Gesichtspunkt der Wiener Traktate aus beurtheilen, d. i. vom rein staatlichen Standpunkt aus.

Diese falsche Grundlage der Staatsidee ist von selbst zusammengebrochen, und infolge einer merkwürdigen Fügung der Vorsehung hat sie kein geringerer umgestürzt, als der größte Virtuos des europäischen Konzertes, derjenige, welcher die Theorie von der Allherrschaft des Staates zur Apothese ge-

führt hat: Der eiserne Kanzler, Fürst Bismarck. Er hat, nachdem er allen geschriebenen Rechten zum Trotz das nationale deutsche Reich geschaffen, es mit günstigen aktiven Bündnissen und andererseits mittelst abwehrender Bündnisse schützend rings umgeben hatte, damit das europäische Konzert zerschlagen und die Gesamt-Gesellschaft unwillkürlich auf eine nationale Grundlage gestellt. Heute ziehen die Epigonen die letzten Konsequenzen aus seiner Politik, indem sie fast offen darnach streben, die noch nicht zum Bestande des deutschen Kaiserreichs gehörenden deutschen Lande einzunehmen.

Dies Bestreben ist ihrerseits logisch und es zeugt wider ihren Willen für die Wahrheit, daß nur dann auf der Welt wahrhaft Ordnung sein kann, wenn man die menschliche Ordnung der göttlichen anpaßt, d. i., wenn die Grenze des Staates zugleich die Grenze der Nationalität sein wird. Dabei darf man jedoch nicht vergessen, daß da, wo diese beiden Begriffe sich nicht decken, das von Menschen entgegen der natürlichen Ordnung der Dinge gestaltete Verhältniß sich nur so weit aufrecht erhalten läßt, als sich beide Seiten nach dem göttlichen Gesetze richten, und somit als der Staat der freien Entwicklung der Nationalität keine Hindernisse in den Weg legen wird und die Nationen die Rechte des Staates achten werden, im entgegengesetzten Falle muß daraus unfehlbar einerseits ein eventueller Kriegssturm nach außen und die Demoralisirung der Volksgesamtheit nach innen hin die Folge sein, andererseits aber noch größerer politischer und wirtschaftlicher Verfall.

Natürlich ist dem Anderen billig, was dem Einen recht ist. Die Hoffnung auf staatliche Einigung ist ebenso natürlich in den Herzen der Polen, als ich sie in den Herzen der Deutschen für natürlich ansehe.

Nur ein Unterschied waltet dabei ob, der nämlich, daß die Deutschen sich auf einen bestehenden staatlichen Organismus stützen können, während die Polen zum Theil durch eigene Schuld die politische Selbständigkeit verloren und damit an Möglichkeit, sie aus eigener Kraft wiederzugewinnen, eingebüßt haben.

Wenn unser Vaterland einst wiedererstehen wird, was zu hoffen uns nicht allein freisteht, sondern sogar bei schwerer Sünde unsere Pflicht ist, so kann dies nimmermehr auf Grund einer Revolution, sondern einzig auf Grund von politischen, von uns ganz unabhängigen Kombinationen geschehen. Wenn man uns daher der Gelüste der revolutionären Losreißung der polnischen Landestheile von der preussischen Monarchie beschuldigt, so beruht das auf leeren Erdichtungen und tendenziösen Insinuationen.

Aus obigen Auslassungen geht jedoch hervor, daß, wenngleich die verschiedenen Staaten unterthanen Polen keine gemeinsame politische Aktion vereint und heute nicht vereinen kann, sie doch eine unzerreißbare Nation bilden, und daß kein menschliches Gesetz auf der Welt ihnen das Gefühl der nationalen Einheit herausreißen kann. Alle nach dieser Richtung hin unternommenen Bestrebungen können das Nationalbewußtsein einzig verstärken und tiefer wurzeln machen.

Ich wende mich jetzt zu der ursprünglichen Aufgabe und will von dem Verhältniß der polnischen Nation zur russischen sprechen. Diese beiden Brudernationen vereint die Stammes-Gemeinschaft oder wenigstens Verwandtschaft, sowie die Gemeinschaft der wirtschaftlichen Verhältnisse; sie werden getrennt ausschließlich durch historische Erinnerungen und durch die gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse. Ich spreche hier gar nicht von der Verschiedenartigkeit

der Zivilisation, da diese sich immer mehr ausgleicht, auch nicht von der Verschiedenheit des Bekenntnisses, da, insofern als zwischen der katholischen Kirche und dem lutherischen Aberglauben ein Bruch herrscht, der jede Verständigung ein für allemal ausschließt, die Einigkeit zwischen der griechischen und der römischen Kirche nur eine Frage der Zeit und der Konjunkturen ist. Ueber politische Rücksichten gedenke ich mich nicht auszulassen, da jede Politik naturgemäß veränderlich ist und sich ändern muß mit der Aenderung der Verhältnisse und der Umstände; dafür will ich einige Worte der historischen Entwicklung widmen.

Ich mache hier namentlich auf zwei Umstände aufmerksam. Wir erwähnen unausgesetzt der uns von den Moskowitern zugefügten Unbill und vergessen ganz der schweren Sünden, die wir uns dem russischen Volksstamm gegenüber haben zu Schulden kommen lassen. Wir haben zuerst, statt die Westmarken vor der germanischen Hochfluth zu bewachen, Weißrußland mit Krieg überzogen, das doch Rußland, sei es, wie es wolle, näher steht, als Polen, wir haben die weißrussische Schlachta polonisiert und das weißrussische Volk bedrückt, wir haben Moskau erobert und auf den Thron des Großfürsten polnische Fürsten und Selbstherrscher gesetzt, ehe die Russen den Fuß auf polnischen Boden gesetzt haben. Zur Zeit der ersten Theilung haben polnische Magnaten das russische Heer selbst ins Land gerufen, vorgeblich zwecks Vertheidigung der Freiheit, in Wirklichkeit aber zur Vertheidigung der eigenen Willkür, und der polnische Landtag hat ihnen einen Theil ursprünglich weißrussischen Landes abgetreten.

Die folgenden Kämpfe betrachten die Russen, wie z. B. General Puzrewski in einem im Auftrage des Generalstabes verfaßten Werke, selbst nicht als Revolutionen, sondern als Kriege, über den barbarischen, von der Verwaltung ausgeübten Druck aber äußern sie sich ebenso scharf, wie wir, indem sie jedoch betonen, daß der später unbedacht hervorgerufene Aufstand, welcher in dem Momente losbrach, als die russische Regierung die polnische Autonomie erweitern wollte, die Hauptursache jener Bedrückung geworden ist.

Möge mir Niemand vorwerfen, daß ich der Tradition der Väter und Großväter untreu werde, daß ich die Ohren verschließe gegenüber den Seufzern der grausam gemordeten und in die sibirischen Löcher gejagten Brüder und der gewaltsam zum griechischen Glauben bekehrten Unken, daß ich die Erbärmlichkeit des russischen Regiments in Polen und die Käuflichkeit seiner Beamten nicht sehe. Im Gegentheil, ich preise und ehre das Andenken der Vorfahren und ich beuge das Haupt in den Staub vor ihrem Heldenmuth, und herzlichen Haß und Verachtung hege ich gegen jeden, so mit auch gegen den russischen Kafatismus; doch darf ich die historische Vergangenheit nicht einseitig beurtheilen, und die Unbill, die uns von den Russen widerfahren, lege ich der russischen Regierung, doch niemals der russischen Nation zur Last.

Hier komme ich zu dem zweiten Punkte, auf welchen ich der Landsleute Aufmerksamkeit lenken will. Das russische Regiment befand sich von Peters des Großen Tagen an bis vor kurzer Zeit fast ausschließlich in der Hand von Deutschen, und diesen unförmlichen Feinden des slavischen Elements danken wir alle Drangsale, mittelst deren uns Goti für die Sünden der Vergangenheit gestraft hat.

Wir sind gewohnt, die Russen nach den käuflichen Elementen, den Parvenüs und Strebern zu beurtheilen, die wir seit 100 Jahren in Warschau gesehen haben; die richtige russische Nation kennt dies Grauenhafte nicht, und unter ihr ist nicht weniger

christliche Idee, als vielleicht unter irgend einer Volksgeamtheit des Westens. Heut, wo die slavischen Nationen zu immer größerem Selbstbewußtsein gelangen und wo keine Regierung sich lange dem erwachten Geiste der Nation widersetzen kann, heut ist die Zeit gekommen, die Unbill wieder gut zu machen, sich die gegenseitigen Beleidigungen zu vergeben und sich die Bruderhand zu reichen.

Die Unbill, welche unsere Vorfahren dem weißrussischen Volksstamm zugefügt haben, ist lange ausgelöscht durch die hundertjährige Knechtschaft und Zivilisation, welche unsere Verbannten und Ansiedler ins Innere Rußlands und in seinen kaukasischen Besitzstand getragen haben. Die Unbill, die wir von den Moskowitern erfuhren, müssen wir als Gottes Strafe für die Sünden der Vorfahren deuten. Rußland hat lange geschlafen, doch erwacht es immer mehr aus der Lethargie, seine gegenwärtige Regierung schüttelt die fremden Angewohnheiten immer mehr ab und geht in nationaler Richtung vor, ich zweifle nicht daran, daß es die nationale Ethik auch wird auf die Polen anzuwenden wissen und daß bald der Moment der Erneuerung des Gelöbnisses der drei slavischen Brüder, des Lech, des Czech und des Rus kommen wird, des Gelöbnisses ewigen Brudertums.

Einzig das starke Gefühl der Zusammengehörigkeit der verwandten slavischen Volksstämme kann nicht nur uns, sondern ganz Europa von der Fäulnis des morschen Westens frei machen, ohne Rücksicht auf mögliche politische Umstürze.

Joseph v. Mycielski.

Robylepole, im Oktober.

Aus Nr. 476 des Kuryer Poznański

vom 1. November 1902:

Der Goniec Wielkopolski kritisiert in einem längeren Artikel die angeblich russenfreundlichen Tendenzen fast der ganzen westpolnischen Presse, speziell des Kuryer. Diese Tendenzen treten nach Ansicht des Goniec besonders in der letzten Zeit seit dem Breschener Prozeß zu Tage. Der Goniec behauptet, fast alle polnischen Blätter im preußischen Landestheil und in Schlesien stünden zum Theil bewußt, zum Theil unbewußt in Diensten der russischen Regierung. Nach dem Goniec sehen wir schon die russischen Kanonen das polnische Reich vertheidigen, sehen wir schon unter dem Beistande des russischen Brudervolks ein polnisches und ein ukrainisches Reich entstehen.

Ähnlich schreibt das Lemberger Slowo Polskie, welches sich darüber beschwert, daß die Mehrheit unserer Volksgeamtheit sich Rußland zuneige. Die Ansicht dieser Blätter ist irrig. Sie gehen von einer irrigen Voraussetzung aus. Sie unterscheiden nicht die slavische Idee von dem Söldnerbarverweisen Rußland gegenüber. In dieser Angelegenheit gilt es, ihnen mit einigen Worten zu antworten.

Zunächst wünschen wir, daß der Goniec der polnischen Presse nicht solche Vorwürfe mache, welche die preußische Staatsanwaltschaft gegen uns ausüben könnte. Diese Vorwürfe sind — Gott sei Dank — so ungerechtfertigt und grundlos, daß sogar die preußischen Herren Staatsanwälte, welche ja doch die polnische Presse fleißig studiren, bisher niemals in ihr haben Absätze von der Art finden können, wie sie der Goniec erwähnt, z. B. vom Zuhilferufen russischen Militärs. In dieser Hinsicht sind wir auch für die Zukunft vollkommen sicher. Solche Sachen, die vom preußischen Standpunkt aus

unter den Begriff „Hochverrath“ fallen und nach dem preußischen Gesetz mit schweren Gefängnißstrafen belegt werden, werden die Preußen weder bei uns, noch in anderen Blättern jemals finden. Es wäre jedoch besser, wenn der Goniec solche Vorwürfe vermiede, da sie in jedem Falle die hafatistische Presse ausnützen kann.

Man muß wissen, daß die Deutschen niemanden auf der Welt so sehr fürchten, als Rußland, und sie wissen wohl, daß in diesem slavischen Kolosse eine ungeheure Kraft steckt, mit welcher anzubinden nicht gerathen ist. Daher kommt auch das unausgesetzte Liebäugeln der deutschen Politik mit Rußland. Wenn unter der vier Millionen Köpfen starken polnischen Bevölkerung an der Grenze extremer Russophilismus erwachte, so wäre das den Deutschen so schrecklich unbecquem, daß man es geradezu nicht dazu kommen lassen kann. In dieser Hinsicht lesen wir auch in der deutschen Presse ziemlich deutliche Auslassungen. Nicht wir, sondern die Deutschen sehen schon mit Schrecken die russischen Geschütze Feuer gegen die Preußen speien, sie sehen slavisches Militär die Deutschen gen Westen vor sich her jagen. Sie sehen das gesammte Slaventhum, die Polen, Russen, Czechen, Slovenen u. s. w., wie sie mit der Wucht ihrer Masse das ihnen gegenüber kleine Germanenthum geradezu erdrücken. Sie sehen das, scheuen das, wie das Feuer, wie den Tod, und sie thun recht daran; denn eine offensive Einigung des slavischen Kolosses ist für die Deutschen thatsächlich der Tod und der Verzicht auf die 100jährige, dem Slaventhum gegenüber eingenommene Führerrolle. Sie können aber unbekümmert sein, besonders was uns Polen anbetrifft. Niemand denkt bei uns an bewaffnete Aufstände. Unsere Zukunft liegt in Gottes Hand, und wir wünschen keineswegs Sachen hervorzurufen, in denen wir die erste Rolle spielen würden. Zu den Zeiten der Versöhnungspolitik trank man bei einem Festmahl in Posen auf den Moment, wenn die preußischen Bajonette in Warschau einrücken würden. Nur zwei Theilnehmer protestirten damals gegen diese dem Einfluß der Versöhnungssuggestion zuzuschreibende Aeußerung. Einer von ihnen war der verstorbene Dr. Drobnik. Natürlich verurtheilen wir jenes Auftreten der Versöhnungsparteiler, wir sind aber nicht weniger gegen jedes Rechnen auf die Hilfe der russischen Bajonette den Preußen gegenüber. Nicht mit der russischen Regierung suchen wir Gemeinschaft, sondern mit der redlichen slavischen Idee, mit der Idee des Wiedergutmachens der uns zugefügten Unbill. Und hierbei kommen nicht nur die russische, sondern ebenso die czechische, slovenische, ruthenische und andere slavische Nationen in Betracht. Die deutschen Traditionen der russischen Regierung, welche auf dem Verfolgen der Polen beruhen, verurtheilen wir aufs Schärfste, und wir machen der russischen Regierung geradezu den Vorwurf, daß sie die slavische Idee nicht verstehe. Möge auch der Goniec nicht behaupten, wir würden den polnischen antislavischen Blättern vor, sie seien von den Juden und Preußen erkaufte. Das haben wir niemals behauptet. Wir behaupten nur, daß wir im *Slowo Polskie* wiederholt Artikel gefunden haben, deren politische Tendenz mit der bekanntlich am stärksten antislavischen Politik harmonirte. Das besagt nicht, daß wir die Leiter dieser Blätter beschuldigten, in preußisch-jüdischem Solde zu stehen. Wir erinnern den Goniec sogar daran, daß wir, als vor einigen Monaten ein gewisses Blatt einen Verdacht dieser Art bezüglich der Leiter der Nationaldemokratie äußerte, gegen diese Behauptung aufgetreten sind.

Aus Nr. 476 des Kurjer Poznański

vom 1. November 1902:

Die Ruthenen und die preußische Politik gegenüber Rußland.

Einen großen Eindruck hat in der gesammten slavischen Presse der Inhalt einer Unterredung ausgeübt, welche angeblich ein gewisser polnischer Politiker mit einem hohen preußischen Beamten gehabt haben soll. Dies Interview bringen die czechischen *Narodni listy* in ihrer Nr. 293. Nach den Worten jenes Beamten wird die preußische Regierung weiter auf die Germanisirung der Polen hinstreben, da die Deutschen niemals auf die in Besitz genommenen polnischen Landestheile verzichten werden; im Gegentheil, sie müssen danach streben, mehr polnische Landestheile in Besitz zu nehmen, da die jetzigen Grenzen sich als zu eng erweisen. Es soll einst eine Zeit gegeben haben, in welcher man sich in Preußen mit dem Gedanken trug, die Polen als Sturmbock gegen das Slaventhum zu verwenden; aber diese Zeit ist vorbei; denn die Deutschen haben sich überzeugt, daß sie in der polnischen Nation niemals ausreichende Unterstützung finden werden.

Weiterhin hat der deutsche Politiker Folgendes ausgeführt: Weder Rußland noch der Panславismus sind für uns bedrohlich; denn Rußland ist von uns durch tausend Fäden umspinnen, die es nicht zu zerreißen vermag. Frankreich wird mit uns nicht wetteifern; denn niemals wird es in Rußland solchen Einfluß gewinnen, wie wir leit Langem besitzen. Wir Deutschen haben die russische Industrie, die russischen Finanzen in der Hand; unsere Leute sind überall von den russischen Grenzen bis nach Wladivostok und der chineesischen Grenze; und obwohl die höheren Sphären sich von unserm Einfluß zu emanzipiren suchen, bleiben doch die niederen Rädchen der Staatsmaschine in unsern Händen.

Dabei haben wir einen Bundesgenossen — abgesehen von Oesterreich, das uns gehört — in den Juden. Bekanntlich gehen die Juden stets mit dem Stärkeren; der beste Beweis dafür, daß wir die Stärkeren sind, liegt in der Freundschaft der Juden. Heut hat der Berliner Sanhedrin das entscheidende Wort unter allen Juden ohne Ausnahme.

Daneben wissen wir seit Langem, daß in Rußland 15 Millionen Ruthenen wohnen, welche Alles gewinnen, aber nichts verlieren können. Mit den Juden zusammen bilden sie 20 Millionen Köpfe. Die Ruthenen können wir jederzeit gegen Rußland auspielen; sie werden mit uns auch nicht um die Grenze feilschen, sondern mit Dankbarkeit annehmen, was wir ihnen bieten werden. Uns werden im Falle eines Krieges Wilna, Warschau zufallen; der Rest bis zum Schwarzen Meere kann das ruthenische Reich bilden. Die Ruthenen sind mithin ein bequemer und mächtigerer Bundesgenosse für uns als die Polen.

Soweit der deutsche Politiker. Es braucht wohl nicht hinzugefügt zu werden, daß die Deutschen von jenen 15 Millionen Ruthenen zunächst keine Hilfe haben werden und daß eine für Deutschland günstige Situation einst nur durch den heut seinem Ende sich zuneigenden russischen Hafatismus geschaffen werden könnte.

Aus Nr. 254 des Dziennik Poznański

vom 4. November 1902:

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

An die Brüder Landwirthe!

Nur mit einer Stimme Mehrheit hat die polnische Fraktion in Berlin beschlossen, die Zollpolitik

zu unterstützen. Diese Nachricht hat in unserer Volksgesamtheit einen tiefen Eindruck gemacht, und sie muß eine entsprechende Redaktion herbeiführen, sowie bei den künftigen Wahlen Ausdruck finden.

Aber heut schon gilt es, die Aktion vorzubereiten, heut schon sollten die Landwirthe des Großherzogthums sich zusammenscharen, sich organisiren, damit später falsche Loosungen unsre Sache nicht auf Irrwege leiten.

Die vorigen Wahlen fanden unter dem Eindruck der prinzipiell geänderten antipolnischen Politik statt, die Wählerversammlungen boten ein Bild merkwürdiger politischer Leidenschaft, welche durch Preßpolemik hervorgerufen worden war, und das Stürmische der Beratungen hielt ernste und ruhige Männer von der Theilnahme zurück. Die Frage des Wohlstandes unsrer Bevölkerung traktirte man als gänzlich untergeordnete Sache.

Es war das ein arger Fehler. Die Abstimmung in der Fraktion, der Umstand, daß nur eine Stimme Mehrheit für die Zölle abgegeben wurde, mußte die Leute, denen das Wohl unsrer Volksgesamtheit am Herzen liegt, aus der Lethargie wecken. Es ist der Tag gekommen, an dem man sich fragen muß: Sind wir eine landwirthschaftliche Nation? Stellt mithin unsre Vertreterschaft in Berlin in der That unsern Beruf dar?

Wer die Resultate der Stimmenabgabe der polnischen Bevölkerung aus den städtischen und ländlichen Wahlbezirken durchsieht, der überzeugt sich, daß über drei Viertel der polnischen Stimmen das Dorf, die Landwirthschaft abgegeben hat. Selbst der Posener Abgeordnete, der Repräsentant des am meisten von Handel und Industrie durchsetzten Wahlkreises, hat mehr Stimmen aus den ländlichen Wahlbezirken erhalten, als aus den Städten.

Wir sind mithin ein landwirthschaftliches Land und eine landwirthschaftliche Nation, das ist eine unwiderlegbare Thatfache. Darum haben wir das Recht, zu verlangen, daß unsere Vertreterschaft in Berlin ein Bild unserer Volksgesamtheit sei verpflichtet, die wirthschaftlichen Interessen der Landwirthschaft zu vertreten.

Wir sind eine landwirthschaftliche Nation, — mithin mußte die Vertheidigung der Landwirthschaft die Pflicht aller unserer Abgeordneten sein, und die einschlägigen Beschlüsse müßten einstimmig, solidarisch gefaßt werden.

Wir können nicht gestatten, daß eine Angelegenheit des Wohlstands unserer Landwirthschaft mit einer Stimme Majorität entschieden werde, oder daß sie vom Zufall abhängig sei, davon, daß der oder jener Abgeordnete zu den Fraktionsberatungen erscheint.

Der Wohlstand der Landwirthschaft ist heut das Alpha und Omega unserer nationalen Arbeit; von ihm hängt der Wohlstand unserer Städte ab. Vermünftige Städter fühlen, daß es ihnen besser gehen wird, wenn der Verdienst ein besserer sein, wenn Geld dazu da sein wird, um Brot zu kaufen, selbst wenn dasselbe theurer wäre.

Gegenüber dem Nationalitätenkampf sind wir alle einig und eines Sinnes. Ob der gewählte Abgeordnete diesem oder jenem Redakteur sympathisch ist, das ist für uns im Lande gleichgültig. Welchen Standpunkt er in der *Vera Caprivi* eingenommen hat, das interessiert die Geschichte. Ob er eine Rede in schärferer oder in milderer Form hält, das ändert unsre politische Lage nicht. Unsre großen oder kleinen Landwirthe sind nationalbewußt, die Regierung und die Reden der Minister liefern Agitationsmaterial. Angesichts des wirthschaftlichen Boykotts sowie des nationalen Drucks

müssen wir vor Allem für den Wohlstand unsrer Bevölkerung sorgen. Die Regierung und die Kaskaden werden sich durch die schneidige Rede eines Abgeordneten nicht einschüchtern lassen, sie werden aber rechnen mit der wirthschaftlichen Kraft der polnischen Bevölkerung, mit ihrem Erwerb.

In Reih' und Glied also, Brüder Landwirthe, große und kleine, erwacht aus der Lethargie der Thatslosigkeit zur Arbeit! Sorgen wir für die Ausbreitung gesunder Grundsätze in den Parochialversammlungen! Sorgen wir für die Wahl von Abgeordneten, welche nicht nach Popularität und Beifall bei Posener Leuten haschen, sondern welche um das Wohl der polnischen Landwirthschaft, um die Erhaltung des Bodens in unsren Händen besorgt sind! Mögen die Herren, welche an der Spitze unsrer landwirthschaftlichen Organisationen, der großen und kleinen, stehen, die Landwirthe zu Beratungen einberufen! Mögen sie den Kampf organisiren zwecks Besserung der Lage der Landwirthschaft!

Ehre den Abgeordneten, welche für die Landwirthschaft eintreten! Sie standen auf dem Boden der Bedürfnisse unsrer Nation! Es ist Zeit, daß wir aufhören, mit Politik zu spielen zum Schaden unsrer Bevölkerung. Die Rücksichten auf andre deutsche Parteien sollten schweigen gegenüber dem eigenen Interesse, das wir nicht aufopfern dürfen der schönen Augen Richters oder Bebel's halber.

Diejenigen, welche Rücksichtnahme auf die Brüder jenseits der Grenze fordern, kennen die russischen Tarife nicht und wissen nicht, daß das Getreide in Rußland den Hauptexportfaktor bildet.

Schutz für die Landwirthschaft ist unsre berechnete Forderung, das ist rationelle und wirksame Vertheidigung unsrer Nationalität. Mögen sich unter dieser Standarte unsre Landwirthe vereinen, ohne diejenigen verständigen Städter zurückzustößen, welche die Solidarität unsrer nationalen Interessen besser verstehen.

31. 10. 1902.

Einer für Viele.

Aus obigem Aufruf überzeugen wir uns, daß der überaus unfreundliche und geringschätzige Ton, den ein gewisser Theil unserer öffentlichen Meinung und Presse der Landwirthschaft gegenüber anschlägt, eine berechnete Reaktion zu wecken beginnt. Wir stehen, ohne einer gesellschaftlichen Sphäre zu nahe zu treten, mit unseren Sympathien gleichfalls ganz auf Seiten der Landwirthschaft und des häuerlichen Besitzes, in denen wir die wichtigste Grundlage unsrer sozialen und nationalen Existenz erblicken.

Darum wünschten wir, daß obiger Aufruf Widerhall finde in der gesamten Landwirthschaft treibenden Gesellschaft, besonders auch angesichts der Drohungen, daß unsere Abgeordneten, welche Freunde der Landwirthschaft sind, von den Wählern würden boykottirt werden.

Diese Drohungen werden, wie wir hören, wohl den Erfolg haben, daß leider ein ziemlich allgemeines Meiden der Mandate von Seiten derjenigen in Ausföhrung gelangen wird, welche nach bestem Wissen und Willen an den schwierigsten Aufgaben arbeiten, während sie dafür oft Vorwürfe hochtrabender Unfehlbarkeit von Seiten solcher Leute treffen, denen es an politischer Erfahrung fehlt, oder welche in dieser Kritik Angelegenheiten des eigenen Ehrgeizes oder andere, persönliche Angelegenheiten erledigen. Die Gleichgültigkeit, welche leider bei unseren Abgeordneten in der schwachen Theilnahme an den Sitzungen zu Tage tritt, ist schon bei Vielen ein Befunden von Ueberdrüssigkeit aus dem soeben erwähnten Grunde.

Wenn es also zu wesentlichen Reformen in der Zusammensetzung unsrer Fraktionen kommen wird,

so wird das weder ein Verdienst, noch eine Befundung der Kraft irgendwelcher neuer Strömungen sein, sondern eine Erscheinung weiterer sozialer Zersetzung, in welcher ganz Unkompetente auf billige Weise die Stelle Kompetenterer einnehmen werden. Letztere besitzen jedenfalls Erfahrung und Takt, die sie sich in längerem politischen Leben angeeignet haben.

Eine solche durchaus nicht heilsame Reform zu hindern werden wohl nur unsere Landwirthe selbst vermögen, wenn sie im Sinne obigen Aufrufs Hand in Hand gehen und ihre Kraft zeigen werden, ohne im Uebrigen jemandem Unrecht zu thun.

Wir machen sie darauf aufmerksam, daß sie vor allem in den Kreiswählerversammlungen für ihr Uebergewicht sorgen sollten, sowie für die Wahl solcher Delegirten, welche nicht geschworene Feinde der Landwirthschaft sind.

Um die Zölle handelt es sich gar nicht mehr. Auf die Festsetzung der Zölle werden wir so wie so keinen Einfluß haben. Greifern wir uns also nicht einer von uns unabhängigen Sache halber. Aber es handelt sich um den allgemeinen Schutz der Landwirthschaft und vor Allem darum, daß sich nicht eine unerklärliche Störrigkeit, eine Abneigung und ein Uebelwollen gegenüber der Landwirthschaft herausbilde, welche, sei es, wie es wolle, die Nährmutter der Volksgesamtheit ist und noch am meisten für unsere nationalen Bedürfnisse sorgt und an sie denkt. Sie hat also das Recht, Anerkennen und Wohlwollen zu fordern und sie verdient nicht, von Sphären hochtirt zu werden, welche sich erst anfangen Verdienste zu erwerben auf dem sozialen und nationalen Felde.

Sehr schlecht würden wir dabei fahren, wenn wir die alten Kämpfen mit ihren erprobten Kräften einbüßten und dafür neue gewannen, welche dann und wann nach Ehre streben mittelst Intrigue und frecher Reklame.

Aus Nr. 473 des Kuryer Poznański

vom 29. Oktober 1902:

Unerhörte Verhältnisse in der Raczyński'schen Bibliothek zu Posen.

Wir wollten unseren Ohren nicht trauen, als man uns davon in Kenntniß setzte, daß die Bestimmungen der Stiftung des Grafen Eduard Raczyński durch hohe preußische Beamte und Würdenträger, die das Recht doch kennen und wissen müßten, was für eine unangenehme Sache eine gründliche Blamage für sie wäre, vergewaltigt worden seien. Im Widerspruch mit den Bestimmungen des Stifters, entgegen der um die Wahrung der Rechte besorgten Meinung der Polen und Deutschen, unbekümmert der Proteste von Seiten der polnischen und sogar auch der deutschen Zeitungen, ist die Bibliothekarstelle am Sonnabend mit einem aus Hessen gebürtigen Deutschen — Kollmann — besetzt worden, der die polnische Sprache nicht in dem Maße beherrscht, als wie es die Bestimmungen der Stiftung fordern. Die einschlägigen Stellen der von dem preußischen König unterzeichneten Stiftungsurkunde lassen wir am Schluß des Artikels folgen. Weil uns schon so manche zugestandenen Rechte wieder genommen worden sind, so wundern wir uns gar nicht darüber, daß die Deutschen von dem Wunsche besetzt waren, uns auch diesen bescheidenen wissenschaftlichen Vorposten zu nehmen. Uns wundert nur die Sorglosigkeit, mit welcher sie sich einer großen Blamage ausgesetzt haben. Denn, wenn die Sache vor die Ge-

richtschranten kommt, dann wird Herr Kollmann sein Bündel wieder schnüren müssen. Es handelt sich hier um eine schreiende Vergewaltigung des Rechts von Seiten des Kuratoriums. Wir wohnen in einem konstitutionellen Staate. Es ist erlaubt, gegen uns Gesetze zu fabriziren, aber es nicht erlaubt, die bestehenden Rechte, diesem oder jenem Deutschen willkürlich zu rauben. Als einzige Antwort auf die Nachricht von der Vergewaltigung der Stiftungsbestimmungen der Raczyński'schen Bibliothek bleibt demnach nur übrig, — das Gericht anzu-rufen.

Es ist das ein wunderschönes Bild von den kulturellen Verhältnissen unserer Stadt, — in welcher man gezwungen ist, die Oeffentlichkeit zur Wahrung der Rechte gegen diejenigen anzurufen, welche die Wächter der Gesetze und der öffentlichen Ordnung vorstellen sollen.

Hier folgt der Wortlaut der Paragraphen 2, 10, 26, 32, 41 und 58 der Stiftungsbestimmungen.

Aus Nr. 473 des Kuryer Poznański

vom 29. Oktober 1902:

Der Landtagsabgeordnete Herr Konsistorialrath Dr. Mizerski

hat an die Tägliche Rundschau nachfolgende Berichtigung eingesandt:

Es ist nicht wahr, daß ich als Vertreter der polnischen Parlamentarier und mit Erlaubniß des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs v. Stabilewski nach Krakau gefahren bin und dort eine aufreizende Rede gehalten habe. Vielmehr bin ich ohne Wissen meiner parlamentarischen Kollegen und ohne Wissen des Herrn Erzbischofs mit Urlaub meiner vorgesetzten Behörde, welcher ich nähere Gründe zur Motivirung meines Urlaubsgesuches nicht angegeben habe, dort hingefahren, um der berühmten Boetia meine Guldigung als Privatmann und Literat darzubringen. Auch habe ich keine aufreizende Rede gehalten, sondern ich habe nur beim Mittagmahl einen Toast ausgebracht und dabei die Breschener Vorgänge — Mai 1901 — mit einigen Wörtern berührt. Und zwar habe ich es in ähnlicher Weise gethan, als wie vor einigen Monaten im Abgeordnetenhanse in Gegenwart des Ministers Dr. Studt und des ganzen Kultusministeriums. Ich könnte die in Krakau gesprochenen Worte auch ruhig in Preußen wiederholen, ohne mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt zu kommen.

Aus Nr. 465 des Kuryer Poznański

vom 19. Oktober 1902:

Aus München.

Seit zwei Jahren wohne ich in München und erforsche aufmerksam alle Begebenheiten unter der hiesigen Jugend so, daß die Gründung eines sozialdemokratischen Vereins von 60 Mitgliedern, wovon ihnen ihr Korrespondent berichtete, meiner Beobachtung nicht entgangen wäre.

Versichern kann ich, daß es einen solchen Verein in München nicht giebt. Es existiren dort drei Spezial-Vereine und zwei, die alle Akademiker einschließlich der Maler umfassen. Die in der Universität eingetragene „Vistula“ zählt, so viel ich weiß, höchstens 10 Mitglieder aus Westpreußen und ist ohne politischen Anstrich. Im Polytechnikum existiren zwei Vereine: „Verein der polnischen

Jugend" und „Polonia“, von denen der letztere erst im verflossenen Sommersemester gegründet wurde und der die mehr mit politischem Anstrich auftretende Jugend in sich vereinigt. Vielleicht hat Ihr Korrespondent von der Gründung dieses Vereins gehört — doch kann man in diesem Verein unter keinen Umständen auch nur den Schatten von Sozialismus finden.

Dieser Verein ist kein sozialdemokratischer (dies zeigt sich aus den im Sommer gehaltenen Vorträgen), er zählt nur 10 Mitglieder, aus dem preussischen Antheil gehört ihm Niemand an.

Den „Verein der polnischen Studenten“ konnte der Korrespondent auch nicht meinen, denn er besteht seit langer Zeit und von der Sozialdemokratie ist in ihm keine Rede.

Die allgemeinen Vereine sind:

„Die brüderliche Hilfe“ und „Die polnische Küche“, beide bestehen seit langen Zeiten und befassen sich nicht mit der Politik. Schließlich bemerke ich noch, daß ich selbst kein Mitglied irgend eines der genannten Vereine bin, vielmehr referire ich darüber unparteiisch „sine ira et studio“. X.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 250 der Gazeta Toruńska

vom 26. Oktober 1902:

Die Bischöfe von Schlesien und von Ermland

beherrschen die polnische Sprache nicht und können sich mit ihren Diözesanen nicht unterhalten, was nicht nur eine überaus traurige, sondern eine geradezu unnatürliche Sache ist, — denn die Diözese ist nicht des Bischofs halber, sondern der Bischof ist der Diözese halber da. Und wie geht es bei uns in der Nähe zu? Man lavirt, man thut, als sei man betrübt darüber, daß die Religion in den Schulen in deutscher Sprache gelehrt wird, aber das muthige Verurtheilen dieses Systems bleibt aus. Es ist im Gegentheil ganz etwas Anderes eingetreten, eine durchaus verderbliche Neuerung — unser hochwürdiger Herr Bischof Dr. Augustin Rosentreter gestattet nämlich bei seinen erzhierlichen Visitationen den Lehrern, die Kinder in seiner Gegenwart — natürlich in deutscher Sprache zu examiniren, denn anders werden die Lehrer nicht sprechen. So ist es in Bielle und Bruß geschehen. Heute ist der Erzhirte in Orhöft und in Zudau wird er in Kurzem sein; vielleicht theilt die in der Nachbarschaft dieser Orte erscheinende Gazeta Gdanska mit, wie dort verfahren worden ist. Eine derartige Praxis ist nichts Anderes, als eine Bestätigung der Anordnungen der Regierung, sowie eine Einführung und Sanktionirung des Unterrichtens polnischer Kinder in der Religion in deutscher Sprache. Diefem Beispiele werden bald so manche Dekane und Präpste von schwachem Willen und Charakter folgen, — das Deutsche im Religionsunterricht wird beschloffen, angenommen und praktizirt werden, und die Kirche wird zu einem Nachahmer der Schule herabsinken.

Das ist bei uns der erste Schritt, dieser erste Schritt ist aber der fatalste und schwerste, und er muß uns ins Verderben bringen.

Wir wissen sehr wohl, daß es bei diesen wenigen Worten nicht sein Bewenden behalten wird, daß diese Nachricht die ganze polnische Diözese er-

schüttern und alle polnischen Katholiken betrüben wird. Doch hier muß man rufen: principiis obsta, und darum protestiren wir sogleich in dieser ersten Korrespondenz mit größter Ehrerbietung, aber nicht minder Entschiedenheit gegen diese Praxis. In der Apostelgeschichte, Kapitel 20, Vers 28 lesen wir folgende an die Bischöfe gerichtete Warnung:

„So habt nun Acht auf euch selbst, und auf die ganze Herde, unter welche euch der heilige Geist gesetzt hat zu Bischöfen, zu weiden die Gemeinde Gottes, — welche er durch sein Blut erworben hat.“

Aus Nr. 251 der Gazeta Toruńska

vom 28. Oktober 1902:

Reisende aus Rußland auf der preussischen Grenze.

Seine Berliner Korrespondenz in Nr. 9551 der Nov. Wr. widmet Herr Sybirak einer merkwürdigen Paß-Anomalie, wie sie von Seiten der preussischen Behörden in Thorn und Cydtukuhnen den russischen Reisenden gegenüber gehandhabt wird. Dank des seit dem Jahre 1867 in Preußen bestehenden Freizügigkeitsgesetzes werden auf den Grenzstationen den Reisenden keine Pässe abverlangt. Eine Ausnahme bildet die russische Grenze, hinsichtlich welcher Bismarck im Jahre 1879 eine Verschärfung der Paßbestimmungen auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1869, welches die Einführung zeitweiser Verschärfungen für den Kriegsfall sowie zum Schutze gegen Epidemien u. s. w. zuläßt, herbeigeführt hat. Gerade die im Jahre 1879 bestehende Besorgniß, daß die Pest von Rußland aus eingeschleppt werden könnte, machte sich Bismarck für die Einführung einer Verschärfung der Paßbestimmungen nutzbar. Von diesem Zeitpunkte ab sind nunmehr über 20 Jahr verflossen und es besteht weder eine Kriegs- noch eine Epidemiegefahr — mit einem Worte, es sind nicht einmal scheinbare Gründe vorhanden, welche die Aufrechterhaltung dieser Ausnahmebestimmungen rechtfertigen könnten, und trotzdem hebt die preussische Regierung sie nicht auf. Diese Angelegenheit haben deutsche Juristen, welche an dem Kriminalistenkongreß in Petersburg theilgenommen haben, zur Sprache gebracht. Beim Passiren der russischen Grenze wunderten sie sich über die scharfen Paßbestimmungen, aber bei der Rückkehr in ihr eigenes Land stießen sie in Thorn auf dieselben ihnen von Seiten der preussischen Behörden bereiteten Schwierigkeiten, welche sie umso mehr in Verwunderung setzten, als sie ihnen unerwartet kamen und einen Ausnahmezustand dokumentirten. Sie sollen unter den deutschen Juristen eine derartige Entrüstung hervorgerufen haben, daß sie sich bemühen wollen, diese Angelegenheit im Reichstage zur Sprache zu bringen.

Aus Nr. 127 der Gazeta Gdańska

vom 23. Oktober 1902:

Aus der Kaschubei — im Oktober.

Das Neustadter Kreisblatt berichtet in seiner letzten Nummer in einem voll Abneigung und deutscher Hoffahrt strotzenden Artikel über die Eröffnung unseres „Kaufhauses“ (Kupiec). Mit dieser Festlichkeit hat das Polenthum, welches bisher mit

seinen Bestrebungen wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist und nur Bühlarbeit im Geheimen betrieben hat, seinen Einzug in Neustadt gehalten. Jetzt werden auch schließlich diejenigen die Augen aufgehen, welche das Bestehen des Polenthums in unserer Stadt bisher bestritten haben.

Also schon so weit ist es mit uns Kaschuben, die wir schon seit Jahrhunderten auf unserer geliebten Erde ansässig sind, gekommen, daß man uns heute schon garnicht mehr als vorhanden betrachtet und uns als Maulwürfe bezeichnet, die unter der Erde wühlen und die Existenz sowie das Dasein der deutschen Herren zu untergraben suchen. Das „Kaufhaus“ (Kupiec) in Neustadt untergräbt die Existenz der Deutschen, die an das Herrschen gewöhnt sind und darum soll es untergehen und von der Bildfläche verschwinden. Halt! Das ist zuviel, nun läuft das Maß über.

Auch der Kaschube hat noch Ehrgefühl und läßt sich dafür, daß ihn sein Verstand auf den Weg der Selbsthilfe gewiesen hat, um seine Lage zu verbessern, nicht als Maulwurf bezeichnen.

Brüder, Landsleute, nun ist die Zeit gekommen, um zeigen zu können, daß wir nicht Maulwürfe, sondern die Herren in unserem Lande sind. Laßt uns alle haufenweis dem „Kaufhause“ beitreten. Laßt uns im „Kaufhause“ kaufen, denn dieses Unternehmen ist keine unvernünftige, im Geheimen betriebene Arbeit, sondern es ist klar wie die Sonne und in gerechter, überaus kluger Weise zum Wohle der Kaschuben in's Leben gerufen. Jetzt werden wir aufhören den Juden die Taschen zu stopfen, aber auch sie werden aufhören, uns als Maulwürfe und häßliches Gewürm zu bezeichnen, denn wir werden an Wohlstand zunehmen und aus eigener Arbeit eigenen Nutzen ziehen. So wie der junge Franz aus Lawinek (?) dem Gendarm gegenüber Stand gehalten hat, so werden auch wir ihnen mit der Zuversicht, mit der wir uns um das Kaufhaus schaaren, den Mund stopfen, weil sie schließlich einsehen werden, daß wir zu Verstande gekommen sind. (Pseudonym.)

Aus Nr. 129 des Pielgrzym

vom 1. November 1902:

Ein Kampf um polnische Aufschriften in Ozerst.

Zum Empfange des hochwürdigen Bischofs sind auf Veranlassung eines Komitees drei Triumphbogen aufgestellt worden, einer am Bahnhofe — mit lateinischer Aufschrift, der andere bei einem deutschen Kaufmanne — mit deutscher Aufschrift, der dritte an der Kirche — mit polnischer Aufschrift. Außerdem ließ der Kaufmann, Herr Bonin, in der Nähe seines Hauses zwei Triumphbogen aufstellen. Auf einem war die Aufschrift (polnisch) angebracht:

„Ich bin ein guter Hirte und kenne die Meinen, und die Meinen kennen mich!“

Auf dem zweiten Bogen stand geschrieben (polnisch):

„Arm sind die Hütten — die Herzen reich!“

Die Polen waren friedlich.

Der Bischof erschien und begab sich in erhabener Prozession zur Kirche. Die Feier war prächtig und wurde mit großem Geschick veranstaltet. Am nächsten Tage früh will Herr Bonin seinen Augen nicht trauen — seine Transparente sind verschwunden! Ob sie wohl jemand gestohlen hat, oder ist sonst was geschehen? Herr Bonin begiebt sich zur Polizei und erzählt, was vorgefallen ist. Der Polizist hat in

der Nacht selbst die beiden polnischen Aufschriften abgenommen. Wie ist das möglich! Die Aufschriften des Herrn Bonin — ohne dessen Erlaubniß? Weil es der Amtsvorsteher so angeordnet hatte. Er ließ mich, so erzählt der Polizist, um 10 Uhr Abends zu sich kommen und befahl mir, beide Aufschriften vor Tagesanbruch zu entfernen.

Herr Bonin war der Meinung, daß der Polizei ein solches Recht nicht zustehe, er ließ daher ebensolche Aufschriften zum zweiten Mal anfertigen und sie an jenen Triumphbogen anbringen. Schon um 12 Uhr waren beide Aufschriften wieder sichtbar.

Nachmittags erscheint der Polizist und fordert auf, die Aufschriften abzunehmen. Herr Bonin weigert sich, dies zu thun. — Weshalb kämpft ihr mit der Kirche? Lasset ihr's nicht zu, daß wir unseren Bischof ehren? Wenn ihr es wagen solltet, gegen die Kirche anzustürmen, so würden wir nicht weichen, wenngleich die preußische Armee uns entgegenkäme.

Der Polizist ging verblüfft und eingeschüchtert von dannen und war mehrere Stunden hindurch beruhigt. Um 1/2 6 Uhr erschien er wieder mit einem Schreiben des Amtsvorstehers, in welchem angeordnet war, die beiden polnischen Aufschriften binnen 2 Stunden zu entfernen, widrigenfalls 10 Mark Strafe festgesetzt werden würden.

Daraufhin ließ Herr Bonin eine Aufschrift entfernen, die andere blieb hängen. Die Polizei riß sie herunter. Irgend eine rechtschaffene Seele aber brachte jene erste Aufschrift wieder an.

Die Polizei ordnet wiederum an, die Aufschrift binnen zwei Stunden zu entfernen.

Die zweite Stunde rückt heran. Die Polizei erscheint, sieht: die Aufschrift ist noch nicht abgenommen; sie entfernt sich. Nach einigen Minuten kommen 3 Polizisten mit einem Gendarm. Sie umstellen den unglückseligen Triumphbogen, einer von ihnen reißt die Aufschrift herunter und alle begeben sich mit derselben zum Amtsvorsteher. Kaum aber war die Polizei 100 Schritte entfernt, da strömen von allen Seiten die Landsleute herbei, stellen eine Leiter an den Bogen und bringen eine neue Aufschrift an. Einer klettert wie ein Eichhörnchen in die Höhe, der andere reicht die Aufschrift u. s. w.

Die Polizei erscheint, — Verblüffung! Man dreht den Kopf und geht von dannen. — Das ist doch die reine Komödie!

Waren die Triumphbogen hinderlich. Nein, die polnischen Aufschriften waren im Wege. Bringt denn die polnische Sprache Aergerniß?

Aus Schlesien.

Aus Nr. 250 der Gazeta Toruńska

vom 26. Oktober 1902:

Die kommunalen Wahlen in Oberschlesien.

Die Gazeta Opolska schreibt:

Die Besorgniß, daß es sich bei den kommenden Wahlen zum Reichstage und Landtage um die Bekämpfung der polnischen Bewegung handeln wird, ist durchaus begründet, sowohl durch die in der Vergangenheit gesammelten reichen Erfahrungen der polnischen Wähler, als auch durch die verschiedenen geheimen Machinationen, welche trotz ihrer Geheim-

haltung von Zeit zu Zeit an die Öffentlichkeit dringen.

So erfahren wir, daß der Geistliche Sprotte aus dem Oppelner Wahlkreis gelegentlich einer der letzten Versammlungen der deutsch-katholischen Intelligenz in Breslau erklärt hat, sich bei den kommenden Wahlen alle Mühe geben zu wollen, daß Herr Major Szmulas als Abgeordneter nicht wiedergewählt werde.

Schon bei den letzten und früheren Land- und Reichstagswahlen gab sich der Geistliche S. die denklichste Mühe, die Kandidatur des Herrn Szmulas zu bekämpfen, was ihm jedoch nicht gelungen ist. Und trotzdem er dieses Mal gewarnt worden ist, keine Verwirrung anzurichten, hat er nicht überzeugt werden können.

Der Geistliche S. ist vor allen Dingen ein Deutscher und ein in dem Maße eifriger Anhänger der Germanisation, daß er sogar nicht zögerte, für einen Regierungsparteiler zu stimmen, um nur unseren Kandidaten bekämpfen zu können.

Nicht nur der Geistliche S., sondern auch verschiedene andere Geistliche politisieren besser im Interesse der Regierung, als wie die Regierungsparteiler selbst. Die Hauptaufgabe besteht in der Bekämpfung des Polenthums, während dagegen die katholische Sache bezw. die Aufgabe des Zentrums erst in zweiter Reihe kommt. Wir haben Beweise dafür. Die Arbeit im Geheimen, über welche wir sehr gut informiert sind, ist schon seit langer Zeit im Gange.

Solchen, nicht nur im Oppelner, sondern auch in anderen Bezirken bestehenden Verhältnissen gegenüber, ist die Zentrumsparthei als solche machtlos; angesichts solcher Verhältnisse bleibt auch der bekannte Aufruf der polnischen Redakteure ohne Bedeutung. Der Lauf der Dinge wird vielmehr derselbe bleiben, als wie er es vor der Veröffentlichung des Aufrufs gewesen ist: die deutsch-katholischen Wähler, namentlich diejenigen, welche mehr Politiker und Germanisatoren als Katholiken sind, werden ihre Partei selbst mehr schädigen, als die Losung „Fort mit dem Zentrum“, und sie werden dem polnischen Volke zur Befreiung von fremden Einflüssen und zur Selbständigmachung ihrer heimischen berechtigten Bewegung nicht helfen.

Die fortgesetzte Agitation gegen den Abgeordneten Szmulas zeugt von der mangelhaften Beurtheilung eines Mannes, der einen großen Theil seines Lebens im Dienste der Zentrumsparthei verbracht hat sowie zum Schutze der Geistlichkeit und der Kirche energisch aufgetreten ist.

Die Bekämpfung des Abgeordneten Szmulas ist außerdem ein Zeugniß der Hartnäckigkeit und Engstirnigkeit unserer deutschen Katholiken gegen den Beschützer des polnischen Volkes, dessen einziges Verbrechen darin besteht, daß er treu und offen zum polnischen Volke hält.

Aus Nr. 129 der Gazeta Gdańska

vom 28. Oktober 1902:

Gegen die Germanisation durch die Kirche

werden jetzt auch Stimmen in Oberschlesien laut. In der Druckerei des Katolik in Beuthen ist dieser Tage eine diese Angelegenheit betreffende von Herrn Propst Skowronski verfaßte Broschüre hergestellt worden. Und zwar ist diese Broschüre in deutscher Sprache verfaßt, damit sie von den deutschen Pfarrern gelesen werde. Deshalb sucht Propst Skowronski auch die Unmoralität der Germanisation durch die Kirche nur vom religiösen Standpunkte aus zu begründen.

Vom nationalen Standpunkte aus hat in derselben Angelegenheit der Pfarrer Boguchwal in Oberschlesien das Wort ergriffen, der das Verhalten der als Germanisatoren auftretenden Pfarrer und die ihnen von Seiten der Regierung zu Theil werdende Unterstützung in treffender Weise charakterisiert.

Gott sei gedankt, daß sich unser Kampf auch auf Oberschlesien übertragen hat.

Nun ist es noch erforderlich, daß auch in Erm-land, wo diese niederträchtige Arbeit in weitestem Maße vorbereitet wird, ein edler Geist seine Stimme erhebe.

Aus Nr. 129 des Katolik

vom 30. Oktober 1902:

Paulsdorf.

Die deutschen katechetischen Blätter heben mit großer Befriedigung hervor, daß sich an der letzten Volksunterhaltung etwa 1000 Personen betheiligt hätten. Unserer Ansicht nach waren zielbewußte Arbeiter dort nicht vorhanden, denn für polnische Arbeiter giebt es dort keinen Platz, wo sie germanisiert werden. Mögen sich die Deutschen germanisatorische Volksunterhaltungsabende veranstalten und bei dieser Gelegenheit ihren deutschen Geist stärken, für uns Polen ist das vollständig gleichgültig. Daß uns jedoch die Arbeitgeber oder Vorgesetzten zum Besuche dieser Unterhaltungen zwingen, das ist geradezu empörend. Sind denn die Arbeiter Sklaven? Unsere schöne Muttersprache ist uns mindestens ebenso theuer, wie den Deutschen ihre deutsche Sprache. Die polnische Sprache und Religion werden die deutschen Kateketen uns nicht rauben und wenn sie auch jeden Tag germanisatorische Volksunterhaltungen veranstalten.

Aus Nr. 129 des Katolik

vom 30. Oktober 1902:

Offene Bekenner sind unter der Geistlichkeit erforderlich.

Ueber die Broschüre des Herrn Pfarrers Skowronski-Bigota haben wir uns des Weiten und Breiten ausgelassen, so daß unsere Leser genügend über sie unterrichtet sind und wir beurtheilten sie so, wie sie es verdient. Wir sind der Ansicht, daß auch unsere Leser die Broschüre ebenso wie wir beurtheilt haben.

Der erste Eindruck der Broschüre ist der, daß sie eine große Wunde in dem Zerfall unserer kirchlichen ober-schlesischen Verhältnisse, in dem Zerfall des Verhältnisses zwischen der Geistlichkeit und dem Volke bloßlegt. Dem Glauben des polnischen ober-schlesischen Volkes ist noch kein so großer Abbruch geschehen, und er hat noch keinen Schaden gelitten, denn das ober-schlesische Volk hängt an dem Glauben seiner Väter treu und fest. Aber der Zerfall zwischen der Geistlichkeit und dem Volke, wir wiederholen es, hat bereits tiefe Wurzeln geschlagen. Wir haben schon wiederholt darüber geschrieben und machen fortwährend darauf aufmerksam. Es ist und bleibt aber ein großes Verdienst des Herrn Pfarrers Skowronski, daß er sich an diese große Wunde herannah und sie aufdeckte, daß er sie seinen Amtsbrüdern zeigt und sagt: „So kann es nicht weiter gehen! Es ist nun Sache der maßgebenden Kreise, namentlich der Geistlichkeit, diese Wunde zu heilen und sie nicht zu vergrößern.“

Unter der obereschlesischen Geistlichkeit ist ein Theil, welcher die gegenwärtigen Zustände bedauert, welcher die Ansichten des Pfarrers Skowronski theilt. Der verehrte Herr Verfasser sagt ja in seiner Broschüre selbst, daß er sie im Einvernehmen mit mehreren anderen Geistlichen geschrieben habe. Bis jetzt ist aber der Herr Pfarrer Skowronski der einzige unter den vielen anderen Geistlichen, welcher offen und ehrlich, mit bürgerlichem, wahrhaft priesterlichem Muth zum Schutze der berechtigten Forderungen der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens in der Kirche aufgetreten ist. Und solcher Priester, mit solchem Muth, brauchen wir in Oberschlesien möglichst viele. Wir haben Priester unter uns nöthig, welche offen das bekennen, was sie glauben, womit sie sich nicht einverstanden erklären und was sie verdammen. Dann erst kann und wird eine gründliche Aenderung in dem gegenwärtigen fürchterlichen und großen Zerfall in unseren obereschlesischen Verhältnissen eintreten. Dann werden auch die germanisirenden Geistlichen nicht so viel Muth besitzen, um ihre Germanisirung zu betreiben, polnische Predigten zu beseitigen, polnischen Kindern deutschen Konfirmandenunterricht zu erteilen, Kriegervereine zu gründen, für sie von der Kanzel, also von heiliger Stelle herab zu agitiren. Wenn es mehr solcher Stimmen, wie diejenige des Herrn Pfarrers Skowronski, geben wird, dann werden auch die erbittertsten geistlichen Germanisatoren damit rechnen müssen, werden sich vor der Autorität beugen müssen, welche da offen und ehrlich verkündet, daß das Priesteramt nicht dazu da sei, um germanisatorischen Zwecken zu dienen. Dann werden solche Verhältnisse, wie sie in der Chelmer Parochie herrschen, nicht möglich sein und der Oberpräsident von Schlesien, Fürst Hatzfeld, wird sich nicht im preußischen Herrenhause, von der öffentlichen Rednerbühne herab, darauf berufen können, daß die obereschlesische Geistlichkeit eine Stütze des preußischen Systems der polnischen Bevölkerung gegenüber sei. Was soll die polnische Bevölkerung, welche die Unterlage und die Stütze der katholischen Kirche im Osten bildet, davon denken, wenn sie eine derartige Stimme eines so hohen Staatsbeamten vernimmt und von Seiten ihrer Priester keinen Protest dagegen hört! Die Geistlichkeit — als Stütze des preußischen Systems, welches gegen das Lebens-, religiöse und nationale Interesse der polnischen Bevölkerung gerichtet ist — muß Jeden auf die verschiedensten Gedanken und Voraussetzungen bringen. Wir können uns davon schwerlich über den immer tieferen Riß zwischen dem Volke und der Geistlichkeit, über den fürchterlichen Zerfall in unseren obereschlesischen Verhältnissen wundern. Unsere heutigen Betrachtungen schließend, drücken wir den Wunsch aus, daß gegen die geistlichen Germanisatoren nicht nur die polnische Presse und das polnische Volk, wie dies bis jetzt geschieht, sondern auch diejenigen Geistlichen auftraten, welche, in ihrer Seele diese germanisatorische Arbeit verurtheilend, nicht den Muth besitzen, sie offen zu verdammen; daß es unter den Geistlichen möglichst viele solcher offene Bekenner, wie Herrn Pfarrer Skowronski gäbe, und daß in weiterer Folge diese fürchterlichen, geradezu unerträglichen Zustände beseitigt würden, welche zu einem immer größeren Zerfall führen müssen.

Das polnische Volk kann in dieser Hinsicht nicht nachgeben, denn es kämpft nicht gegen die Kirche und ihre Angelegenheiten, sondern nimmt seine ihm zustehenden polnischen Rechte wahr. Nachgeben müssen die geistlichen Germanisatoren und sie werden nachgeben, wenn sie die Germanisirung aufgeben. Auf das Alles machen wir Diejenigen, welche dies an-

geht, aufmerksam, damit sie schleunigst an die Heilung der an dem Körper unserer obereschlesischen Verhältnisse eiternden Wunde herantreten.

Aus Nr. 130 des Katolik

vom 1. November 1902:

Die Germanisirung seitens der Geistlichkeit außerhalb der Kirche.

In dem heutigen Artikel wollen wir einige Bemerkungen machen über die Germanisirung durch die Geistlichkeit außerhalb der Kirche, also in den Vereinen, Verbänden, überhaupt im öffentlichen Leben.

So wie wir Geistliche haben, welche in der Kirche bei dem Konfirmandenunterricht, bei dem polnischen Gesange, bei den polnischen Predigten, überhaupt bei der Seelsorge germanisiren, so haben wir auch solche, welche in den Vereinen und Verbänden verdeutschen, welche sogar Kriegervereine gründen und für sie unter ihren polnischen Parochianen agitiren. Die Beschwerden darüber sind groß und zahlreich, sie hören nicht auf, sondern mehren sich und werden immer größer. Davon, daß unsere obereschlesischen Geistlichen in irgend einer polnischen Volksversammlung erschienen, selbst eine derartige Versammlung einberiefen, dort die Erschienenen zur Wahrung ihrer Muttersprache, ihrer Nationalität aufmuntern, ist unter den jetzt herrschenden Verhältnissen in Oberschlesien keine Rede. Das polnische Volk in Oberschlesien verlangt dies auch garnicht von ihnen, einmal deshalb nicht, um den Geistlichen mit Rücksicht auf das preußische System keine Verlegenheiten zu bereiten, dann aber auch aus dem Grunde nicht, um sich der Geistlichkeit gegenüber in nationalen Sachen Unabhängigkeit und Selbständigkeit, ebenfalls mit Rücksicht auf das preußische System, zu wahren, welches bekanntlich auf die Geistlichen in germanisatorischer Hinsicht einen Druck ausübt. Wir haben aber außer den in national-polnischem Geiste veranstalteten Versammlungen in Oberschlesien viele öffentliche Angelegenheiten, auf welche die Geistlichen ihren Einfluß ausüben, wir haben viele Verbände und Vereine, welche unter dem Kommando der Geistlichkeit stehen. Und bei diesen Angelegenheiten und aus solchen Vereinen und Verbänden kommen ebenfalls Beschwerden und Klagen über die Verdeutschung durch die Geistlichkeit.

An der gegenwärtigen gesellschaftlichen Bewegung, welche sich fast auf alle christlichen Völker erstreckt, nimmt die katholische Kirche, nach Fingerzeigen des apostolischen Stuhles und der Bischöfe einen immer lebhafteren Antheil. Die Kirche will nicht ein stummer Zeuge dieser Bewegung sein, sie will nicht zurückbleiben, im Gegentheil, sie erachtet es als ihre Pflicht, im Sinne Christi auf sie einzuwirken. Daraus ergibt sich, daß die Geistlichen, als Diener der Kirche, sich an dieser Bewegung bei uns in Oberschlesien in Verbänden und unter ihrer Leitung stehenden Vereinen betheiligen. Eine derartige, zwecks Hebung der Sittlichkeit und Bildung im christlichen Sinne unternommene Arbeit der Geistlichkeit hat unstreitig ihren großen Werth und ihre große Bedeutung und die an dieser Bewegung sich betheiligende Geistlichkeit erwirbt sich zweifellos des Volkes Dankbarkeit. Diese Arbeit kann uns jedoch nur dort von Nutzen sein, wo das Volk von der Versuchung der Entnationalisirung verschont bleibt, wo die Geistlichen nicht als offene oder verkappte Germanisatoren auftreten und in germanisatorischer Richtung keinen Druck ausüben. Und gerade bei uns in Oberschlesien giebt es derartige Beschwerden.

Und dies muß zu einer Zuspitzung des Verhältnisses zwischen den Geistlichen und dem Volke führen. Wir wollen heute nur auf einen Fall aufmerksam machen. Vor etwa anderthalb Jahren fand in einer Ortschaft eine polnische Volksversammlung statt. In derselben trat als Besucher ein Bürger auf, welcher gleichzeitig Mitglied eines unter dem Kommando eines Geistlichen stehenden Vereins war. Als der vorsitzende Geistliche dies erfahren hatte, schloß er diesen Bürger aus dem Verein aus. Ein gleiches Loos traf einen anderen Bürger, welcher sich des ersten angenommen hatte. Als Grund der Ausschließung gab der Geistliche an, daß er in seinem Verein keine Leute dulden könnte, welche polnische Volksversammlungen besuchten und sich an der großpolnischen Agitation beteiligten. Das sind unangenehme Dinge, welche in hohem Grade erbittern müssen. Polnische Volksversammlungen gestattet das Landesgesetz, die preußische Verfassung, hier aber straft ein katholischer Geistlicher einen polnischen Bürger für etwas, was ihm die preußische Verfassung, das Landesgesetz gestatten und was ihm sogar die preußische Polizei nicht verwehren kann. Das polnische Volk kann sich das nicht gefallen lassen, daß ihm die Geistlichen die Diskussion über den preußischen Gendarm, über die Verfügungen der preußischen Regierung, über die preußischen Minister, das germanisatorische System und über den Druck des Deutschthums auf das polnische Element, sowie über die Vertheidigung unserer polnischen Existenz verbieten. Die polnische Bevölkerung in Oberschlesien ist katholisch, sie ist aber auch polnisch. Weil aber gegenwärtig vor allen Dingen die polnische Sache bedroht ist, deshalb bemüht sie sich mit allen Kräften, sie zu vertheidigen. Hierbei kann und darf sie nicht seitens ihrer Priester auf Schwierigkeiten stoßen, denn sie muß schon zur Genüge gegen das preußische System ankämpfen.

Also ist auch in dieser Hinsicht eine gründliche Aenderung in unseren Verhältnissen erforderlich, falls der Zerfall der ober-schlesischen Zustände nicht noch mehr und noch weiter, wie bis jetzt, umschlagen soll.

Aus Nr. 251 des Ogedownik

vom 30. Oktober 1902:

Schlesische Geistliche in Vertheidigung des Volkes gegen geistliche Germanisatoren.

Von einem gewissen älteren Kaplan erhält die Gazeta Polska nachstehenden Brief:

„Der Propst Lissek aus Chelm, Kreis Pleß, der wegen der Förderung von Kriegervereinen von Freunden der Verdeutschung des polnischen Volkes Auszeichnungen und Belohnungen erhalten hat, ärgert sich jetzt über den Katolik deshalb, weil diese Zeitung sein nicht volksthümliches Vorgehen in entsprechender Weise gebrandmarkt hatte. Bei dieser Gelegenheit nannte Propst Lissek den Katolik einen falschen Propheten, und den Geistlichen, die das Blatt unterstützen, warf er auf der Kanzel vor, es würden ihnen die Augen aufgehen. (Der Propst Lissek hat darüber selbst in seiner, dem Katolik zugesandten sogenannten Berichtigung Mittheilung gemacht.)

„Darauf bin ich gezwungen zu antworten, daß Propst L., ein noch sehr junger Kaplan, sich zuviel herausnimmt, wenn er Geistliche, welche Freunde der Volksblätter sind, mit dem Zusatz kritisiert, es würden ihnen die Augen noch aufgehen. Möge dieser sehr junge Kaplan wissen, daß nur seine Jugend ihn vor der verdienten Antwort schützt.

„Hätten wir uns während des Kulturkampfes von der Weisheit des Geistlichen Lissek leiten lassen, so wären wir beim Anblick dieser „mächtigen Regierung“, welche Bischöfe und Geistliche gefangen setzte und die Parochianen mittelst Staatspfarrern peinigte, verpflichtet gewesen, zu singen: „Gott sei Dank!“ Ich wünsche jenem Kritiker nicht, daß er die Wiederkehr der damaligen Verhältnisse erlebe, denn dann würden ihm die Augen gewiß aufgehen, wenn er schließlich sähe, daß inmitten seiner durch und durch polnischen Parochie ihm nur gestattet sei, die Rolle eines Kapellmeisters oder eines Leutnants der Kriegervereiner zu spielen. Und wer die Augen offen hat, der muß doch wohl sehen, welche Brechen die Germanisirung in unsere Jugend legt, er muß sehen, was das für Unzuträglichkeiten sind, wenn die Regierung unter den auf eine Propstei berufenen Geistlichen wählt, wie in Pilzen, wenn schließlich die Geistlichen zum Religionsunterricht in den Schulen keinen Zutritt haben.

Wem der Geist der jetzigen Zeit die Augen verschließt, so daß er sich nicht scheut, auf der Kanzel in parteiischer Weise von strittigen, zeitlichen und politischen Sachen zu sprechen, statt vom Evangelium und seiner wahren Bedeutung, der möge sich wenigstens davon fernhalten, Kapläne zu kritisieren, die auf Grund ihrer Ueberzeugungen und langjährigen Erfahrungen ganz anderer Meinung sind.

Das polnisch-katholische Volk möge seine Rechte mannhaft vertheidigen, es möge wissen, daß so mancher von seinen Geistlichen ebenso denkt, wie der Pfarrer Kotulinski und der Pfarrer Skowronski, welche treffend auf die verderblichen Folgen der Germanisierungsthätigkeit mancher Geistlichen hingewiesen und damit den Beweis erbracht haben, daß sie das Volk vertheidigen, um zu einem aufrichtigen Gottesdienst im eigenen Interesse des Volkes d. h. ihrer Schäflein und der Kirche zu verhelfen.“

Ein ober-schlesischer Geistlicher.

Nicht allein die Geistlichen Skowronski und Boguchwal, beides schlesische Propste, sind öffentlich vertheidigend für das Volk gegen die geistlichen Germanisatoren aufgetreten, sondern auch in der Oberschlesischen Volkszeitung hat denselben ein gewisser Geistlicher aus Anlaß der Auslassung des Propstes Lissek bittere Wahrheiten gesagt.

Jener Geistliche — so schreibt der Katolik — hat sich an die geistlichen Germanisatoren mit der Warnung gewendet, daß es zum Kampf gegen die polnischen Zeitungen heutzutage keines großen Muthes bedürfe. Im Gegentheil, dieser Kampf bringe gewöhnlich etwas „von oben her.“ Die katholischen Schlesier sollten nicht rufen: „Fort mit den polnischen Zeitungen!“, sondern: „Fort mit unkatholischen Blättern aus katholischen Familien!“

Solche Aeußerungen von Priestern nach dem Geiste Christi müssen unter dem polnischen Volke verbreitet werden, damit das Volk erfahre, daß gerade solche Geistliche selbst mit Fingern auf die geistlichen Germanisatoren zeigen, welche, wenn auch nur mittelbar, die polnische Nationalität zu dem Zwecke bekämpfen, um von der Regierung — gute Propsteien zu erhalten, um dabei — zu verdienen.

Man muß streng die einen Geistlichen von den anderen unterscheiden, damit man uns nicht vorwerfe, daß wir unter dem Scheine der Bekämpfung der geistlichen Germanisatoren danach streben, die Priesterautorität überhaupt zu untergraben.

Aus Nr. 252 der Gazeta Toruńska
vom 29. Oktober 1902:

Breslau.

Die Burghelm'sche Apotheke in Breslau am Markt Nr 44 hat unser Landsmann, Herr Apotheker Anton Rowalski, der über 15 Jahre eine Apotheke in Bauerwitz — Oberschlesien — im Besitz hatte, erworben. Den polnischen Ärzten, Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Vereinen in Breslau empfehlen wir Herrn Rowalski zur Unterstützung. Es ist die einzige polnische Apotheke in Breslau.

Aus Nr. 241 des Górnosłazak
vom 16. Oktober 1902:

Brief eines Geistlichen an die Geistlichkeit.

In unserem überaus schwierigen Kampfe mit denjenigen Geistlichen, die das Volk germanisieren, können wir unseren Lesern den folgenden, aus dem Kreise der Geistlichkeit stammenden Brief mittheilen:

Lieber Herr Redakteur, nehmen Sie die nachfolgenden Zeilen entgegen. Mögen sie Ihnen in den gegenwärtigen Widerwärtigkeiten eine Freude sein, und den Lesern zur Belehrung dienen.

Ein Theil der Geistlichkeit Oberschlesiens ist entriistet über Sie und betrübt darüber, daß Sie das Volk vertheidigen und es vor den Verlusten der National-Schätze bewahren, von denen der Kaiser in Posen sagte, daß sie dem Volke bewahrt bleiben sollen.

Doch gewiß leidet das ehrbare, fromme ober-schlesische Volk mehr. Denn es hält seine Diener Christi als ehrwürdig und nähert sich ihnen mit großem Vertrauen. Aber hierbei muß es gewahrt werden, daß es die Geistlichen nicht so vertheidigen, wie sie könnten, wenn sie es wollten. Die Germanisierung und der Sozialismus haben sich mit Gewalt und List in das Volk gedrängt und der Schutz ist ein geringer oder fehlt gänzlich. Die Deutschen rühmen sich, daß sie das Polenthum an die Stadtgrenzen hinausgedrängt hätten und daß die Dörfer einen deutschen Charakter annehmen. Unsere Geistlichen, die in erster Linie dem polnischen Volke zur Seite stehen und die ihm das sein sollten, was der Vater seinen Kindern ist, sehen passiv der Verdrängung des Polenthums zu. Hier und da sagt Mancher sogar noch: Man darf dem Volke nicht die Sprache nehmen — mit diesen leeren Worten will er als Freund des Volkes erscheinen — aber im Grunde genommen wäre ihm das liebste, wenn das Volk auf einmal deutsch wäre. Er giebt vielleicht auch zu, daß die gegenwärtigen Verhältnisse dem Volke schmerzlich sind, aber gleichgültig zuckt er mit den Achseln und sagt: „Das sind Schmerzen der alten Generation, die kommende Generation wird diese Schmerzen nicht mehr haben, denn sie wird deutsch sein.“

Zum Beweise dafür, daß ihnen die deutsche Sprache lieber ist wie die polnische, germanisieren sie das Volk wesentlich mehr oder weniger. Sie unterhalten sich mit den polnischen Kindern auch außerhalb der Schule deutsch, geben ihnen deutsche Bücher zum Lesen, als ob Miarka in Nikolaj nicht genügend polnische Bücher hätte, gründen deutsche Kirchenchöre, die Cecilienvereine u. s. w. Die Kinder sind wie Kinder! Ihnen fehlt das Verständniß. Sie hören den Geistlichen sich der deutschen Sprache bedienen und müssen glauben, daß der Gebrauch der deutschen Sprache etwas höheres, während die polnische Sprache geringer sei, deren man sich höher ge-

stellten Personen gegenüber schämen müsse. Wenn sie die deutschen Bücher lesen, so werden sie wie junge Bäumchen in andere Verhältnisse, in die Deutschen hineinwachsen und zu Krüppelgewächsen werden, denn diese jungen Gewächse des polnischen Volkes sind weder Deutsche, weil man sie sofort erkennt sobald sie den Mund öffnen, noch sind sie Polen, denn sie haben aufgehört, solche zu sein. Und die lateinisch singenden Cecilien-Kirchenchöre! Auf den ersten Blick sieht das so aus, als ob man mit ihnen den Gottesdienst verschönen wollte. Das wäre sehr lobenswerth. Denn ist das nicht schön, während des Gottesdienstes einen erhebenden Kirchengesang zu hören? Man könnte auch behaupten: Das ist eine Gleichberechtigung für Deutsche und Polen, es ist ein gleiches Maaß, denn es besteht für beide der eine lateinische Kirchengesang. O, welche Gedankenlosigkeit steckt in solcher Betrachtung. In Wirklichkeit sind diese Chöre eine Gefahr für das Volk und für seine Kirchenlieder.

Warum das, wird man fragen? Deshalb, weil der Deutsche dadurch nichts verliert. Er hat hinter sich und seinem Liede die Schule, die Behörde, die Kaplatisten, und diese werden schon dafür sorgen, daß sein Lied nicht in Vergessenheit geräth. Das polnische Lied beschützt Niemand wie nur das Volk und wenn man diesem die Möglichkeit der Betheiligung an dem Gesange nimmt, so könnte es ihm leicht verloren gehen. In unseren Zeiten muß man sich im Gegentheil so viel wie möglich mit dem polnischen Liede befassen, man muß es von Staub und Schimmel reinigen wie ein Kleinod, das ein Unvorsichtiger weggeworfen und das Auge des Kenners wieder erspäht hat. Die lateinischen Chorgesänge sind gegenwärtig ganz und gar nicht für das polnische Volk erwünscht.

In der Versammlung des Górr'es-Vereins in Breslau zum Schutz des katholischen Unterrichts wurde dieser Tage gesagt, wir leben in den Zeiten, in denen unsere Feinde über Alles in der Kirche herfallen. Würde es nicht angebracht sein, daß die Geistlichen alle Bemühungen daran setzten, um dem Volke den Kirchengesang zu retten? Womit hat man zur Zeit des protestantischen Sturmes im 16. Jahrhundert das Volk zu den „deutschen Neuerungen“, wie das polnische Volk den Protestantismus nannte, gelockt als wie mit dem Volksliede! Warum sollen wir nicht von unseren Feinden lernen und mit dem Liede das Volk erhalten und es für die Kirche fesseln. Es wird Sache der einzelnen Präpste sein, darüber zu beschließen, ob die Volkslieder in der Kirche durch Trompetenchöre oder ob es genügt, daß sie von der Orgel gespielt werden. Alle diese Leiden fühlt unser Volk in Geduld, um so mehr, als es in dem Geistlichen den Vertreter der heiligen und gerechten Sache sieht und es hofft auch durchaus Gerechtigkeit von ihm. Kein Wunder, wenn das Volk seufzt: „Die weltlichen Beamten sind wie Beamten, aber die Geistlichen dürften solche nicht sein!“ Wie wird erst der einst der Historiker über das Benehmen der Geistlichen zu ihrem Volke denken. Ob er wohl wird sagen können: Das waren große, unfurchtsame Geistliche, wirkliche Nachfolger der Apostel, besorgte Seelenhirten? Gieb das Herrgott! Also thuen wir etwas für dieses Volk und verhalten wir uns nicht gleichgültig, unthätig und träge. Denn die Religion und das alltägliche Leben verlangen von uns, daß wir uns der einen Sachen, die böse oder schädlich sind, enthalten, die anderen guten und nützlichen Sachen erfüllen. So theilen sich auch die Verpflichtungen des Geistlichen seinen Schäfchen gegenüber, nämlich: In Nichtgermanisieren des Volkes und

nach Möglichkeit in Beschützen desselben vor dem Germanisiren, und ferner: in dem Darbieten guter polnischer Lehren, in dem Verbreiten des Wissens dieses Volkes und der Bildung seines Herzens in seiner Sprache. Hier muß man leider sagen, daß der Religionsunterricht häufig ein Bild giebt, als ob nur Knechte und Mägde in der Kirche wären. Das Volk hat ein Recht, eine würdigere Behandlung, noch dazu an so heiliger Stelle, wie dies das Gotteshaus ist, zu verlangen.

Aber auch du, oberchleisisches Volk, damit du eine bessere Behandlung verdienst, weiche Allen aus, was dich in den Augen deiner Nichtwohlgesinnten herabwürdigen könnte. Enthalte dich des Trunkes, denn er ist der Grund, weshalb man dich für Vieh hält. Und wenn nur einige sündigen, so verurtheilt man Alle. Deshalb bekämpfe den Trunk und andere Gewohnheiten bei dir und deinen Brüdern mit aller Energie. Möge das Gasthaus Gasthaus bleiben, du bleibe ein ordentliches, nüchternes, gottesfürchtiges Volk.

Manche behaupten, du seiest ein charakter schwaches Volk, man könne sich nicht auf dich stützen, du wendest dich von denen ab, die es gut mit dir meinen und dich gern unterstützen. Zeige durch dein Benehmen, daß du weißt, was Würde, edle Gesinnung und Charakter sind. Der Herr Jesus sagte einmal zu den Pharisäern: „Wer von Euch kann mich einer Sünde zeihen!“ Diese Worte dürfen wir Sünden von uns nicht sagen. Aber wir können und müssen als gute Katholiken dem göttlichen Meister nachahmen und von ihm lernen, auf daß wir immer vollkommener würden. Auf diese Weise nehmen wir unseren Feinden den Anlaß, uns verdiente Vorwürfe zu machen.

X. Boguchwał zu Kościelna.

Aus Nr. 251 des Górnosłazak

vom 28. Oktober 1902:

D e m b i o bei Rattowitz.

Wie überall, fanden auch bei uns die Wahlen zum Kirchen-Vorstand statt, jedoch werden sie gewiß nirgends so vorbereitet und durchgeführt worden sein, wie in unserer Parochie.

Wie ich weiß, sind nur drei Wähler erschienen, die ihre Stimmen für die Kandidaten abgeben sollten, und auf Erfordern des Herrn Propstes sind noch zwei erschienen, sodaß im Ganzen von den Wählern nur fünf ihre Stimmen abgaben.

Aus welcher Veranlassung sind aus unserer, Tausende von Gläubigen zählenden Parochie so wenig Wähler an die Urne in einer so wichtigen Angelegenheit getreten? Ist es vielleicht Trägheit oder Gleichgültigkeit unserer Parochianen gewesen? Nicht zum Mindesten! Die Sache verhielt sich wie folgt.

Der Herr Propst ließ die Bekanntmachung hinsichtlich der Wahl an die Innenseite der Kirchenthür befestigen, sodaß kaum Jemand die Bekanntmachung gewahr wurde, viel weniger noch gelesen hat, denn unser frommes Volk liebt es nicht, den Rücken dem Altar und den heiligsten Sakramenten zuzuwenden. Auf diese Weise wurde die Bekanntmachung nicht gelesen. In der Regel giebt der Herr Propst von der Kanzel alle wichtigeren Angelegenheiten der Kirche bekannt. So theilte er uns von der Kanzel mit, daß in Dembio ein Kriegerverein gegründet werden solle. Aber auch nicht ein Wort hörten wir aus dem Munde des Herrn Propstes darüber, daß die Wahlen zum Kirchen-Vorstand stattfinden sollen. Wir fragen, ob der Herr Propst richtig verfahren

ist? Das Volk muß hohe Steuern bezahlen, deshalb hat es auch ein Recht, solche Leute zu wählen, zu denen es Vertrauen hat. Sichtbar hat sich der Herr Propst darum bemüht, daß aus der Wahl solche Leute hervorgehen sollten, zu denen kein Vertrauen vorhanden ist. Wir wissen ganz gut, daß die katholischen deutschen Zeitungen uns Polen nicht als Katholiken anerkennen, wie das die Reisser Zeitung hinsichtlich der Wahlen in Rattowitz that, indem sie schrieb, daß die Polen über die Katholiken gesiegt hätten. Vielleicht hätte auch in Dembio das polnisch-katholische Volk über die Deutschen gesiegt! Deshalb war es besser und vorsichtiger, die Wahlen von der Kanzel nicht bekannt zu geben und den Wolf nicht aus dem Walde zu rufen. — Geben wir uns der Hoffnung hin, daß wir bei den kommenden Wahlen vorsichtiger sein und uns nicht vom Herrn Propst werden überrumpeln lassen, wie dies bei den gegenwärtigen Wahlen geschehen ist.

Aus Nr. 252 des Górnosłazak

vom 29. Oktober 1902:

Das Voos der Redakteure in Preußen.

Vor Kurzem theilten wir mit, wie der Gefangenen-Aufseher mit dem Redakteur Herrn Stefan Hoffmann umging, der eine zweimonatige Gefängnißstrafe für ein Preßvergehen verbüßte. Er wurde mit einem Verbrecher zusammengepflockt und durch die belebtesten Straßen von Beuthen O. S. nach dem dortigen Gefängniß geführt. Die Nachricht hiervon gelangte auch in die Berliner Blätter, die alle das Auftreten der Preußen mit größter Entrüstung verurtheilen. Alle deutschen Zeitungen ohne Rücksicht ihrer politischen Richtung und einige Wiener Blätter besprechen die Angelegenheit. Aus bekannten Gründen können wir leider hier nicht wiederholen, was die polnischen Zeitungen außerhalb der Grenzen hierüber schreiben.

Herr Hoffmann erhält ungetrübte Theilnahme von allen Seiten. Wir erinnern schließlich, daß die Preußen mit unserem zweiten Redakteur Herrn Adalbert Korfanty, als er auch eine 4monatige Gefängnißstrafe wegen Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten verbüßte, ähnlich verfahren sind. Trotzdem man ihm nach seiner Verhaftung eine beträchtliche Summe Geldes abnahm, stellte man ihm keine Droschke auf seinem Transport von Posen nach Wronke. Zwei Schutzleute, der eine von der linken und der andere von der rechten Seite, führten ihn durch die belebtesten Straßen von Posen nach dem Bahnhof. Auf der Station in Wronke wollte man ihn ebenfalls durchaus fesseln, jedoch durch sein energisches Protestiren gelang es ihm, daß man ihn nicht wie einen gemeinen Verbrecher vom Bahnhof nach dem Gefängniß brachte.

Der Aufseher führte ihn mit zwei anderen Verbrechern, umsonst war das Verlangen um Gestellung einer Droschke. Im Posener Gefängniß mußte er, ehe er die Erlaubniß erhielt, sich mit Wissenschaften und Schreiben zu beschäftigen, im engen Keller in Gemeinschaft mit den allergemeinsten Gesetzesübertretern Cigarrenkisten kleben. Einer von den Inhaftirten z. B. saß eine mehrjährige Strafe dafür ab, daß er in den Breslauer Dom eingebrochen war. Vor Kurzem breitete sich der Berliner Vorwärts darüber aus, daß man seinem Redakteur nicht gestattete, im Gefängniß Zeitung zu lesen. Bei unseren Redakteuren ist hiervon keine Rede, Herr Korfanty erhielt sogar nicht einmal ein polnisches Gebetbuch. So gar die höheren Beamten beleidigten ihn auf die allergemeinste Weise.

Es ist die höchste Zeit, daß die polnischen Abgeordneten ganz energisch von dem Minister eine Aeußerung verlangen. Mit wunderschönem Material, das ganz besonders die Lage der polnischen Redakteure kennzeichnet, können wir ihnen jederzeit dienen. Hinsichtlich der Angelegenheit des Herrn Hoffmann verlangen die deutschen Zeitungen von ihren Abgeordneten eine Interpellation des Ministers. Unsere geehrten polnischen Abgeordneten schweigen bis jetzt wie beehrt. Ob sie das vielleicht deshalb thun, um die Herren Minister nicht zu reizen?

Wir haben die starke Hoffnung, daß sie sich der Angelegenheit unserer Redakteure werden annehmen wollen und zwar in kurzer Zeit.

Aus Nr. 252 des Górnosłazak

vom 29. Oktober 1902:

Die Rücksichtslosigkeit der Germanisatoren!

Aus zuverlässiger Quelle wird uns geschrieben: In einem gewissen Dorfe des Schulaufsichtsbezirks Prinzenhof wollten die Schulkinder trotz des Druckes und der Chikanen der Lehrer an dem deutschen Konfirmanden-Unterricht nicht theilnehmen, weil die Eltern die Erlaubniß hierzu nicht erteilen wollten. Der Schulinspektor K. griff schließlich zur Erlangung seiner germanisatorischen Ziele zu einem komischen Mittel, das unsere Lage in einem besondern Lichte kennzeichnet. Er theilte der Verwaltung des Unternehmens in Prinzenhof mit, daß dort eine Anzahl Arbeiter beschäftigt sei, die ihren Kindern nicht gestatten, an dem deutschen Religionsunterricht Theil zu nehmen. Außerdem verlangte er in diesem Schreiben, man solle auf die Arbeiter einen Druck ausüben und sie chikaniren, damit sie den preußischen Kulturträgern keinen Widerstand leisten. Die Verwaltung des Unternehmens hat aber das Feuer des rücksichtslosen Germanisators mit kaltem Wasser begossen und ihm mitgetheilt, daß sie das Gewissen ihrer Arbeiter zu vergewaltigen nicht beabsichtige. Dieses Material haben wir aufbewahrt und werden es unseren Abgeordneten übersenden, damit diese dem Herrn Minister beweisen, wie es mit der Religionsfreiheit und den nationalen Eigenthümern der Polen im täglichen Leben bestellt ist, von denen der König von Preußen in Posen sagte, daß die Preußen nicht daran denken, sie anzutasten.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 182 des Wiarus Polski

vom 30. Oktober 1902:

Eine polnische Predigt unter der Aufsicht eines lutherischen „Spitzels“.

Linden.

In Linden a. R., unweit der Stadt Bochum, fand am Sonntag, den 28. September, Nachmittags, Gottesdienst mit polnischer Predigt statt. Wir alle haben uns darüber sehr gefreut, weil wir schon lange keinen polnischen Gottesdienst hatten.

Es geschah jedoch eine unerhörte Sache. In der Nähe der Kanzel hatte sich ein lutherischer „Spitzel“ niedergelassen und behielt seinen Platz bis zum Schlusse der Predigt.

So weit ist es also schon gekommen, daß selbst die polnischen Predigten nicht mehr ohne lutherische „Spitzel“ gehalten werden können.

Es wird sich wohl auch niemand darüber wundern, daß die Gegenwart des lutherischen „Spitzels“ in der katholischen Kirche die im Gotteshause anwesenden Landsleute bis ins Innerste entrüstete. Aller Augen waren mit Verwunderung auf ihn gerichtet. Man sah auf ihn, wie auf ein Wunderthier.

Ich erlaube mir, unseren Propst in Linden anzufragen, ob er Kenntniß hat von dem, was vorgefallen ist, und gleichzeitig frage ich, ob und welche Schritte der Propst zu unternehmen gedenkt, damit sich in Zukunft solch ungebetene Gäste nicht in unsere katholische Kirche hineindrängen, wo sie mit ihrer Gegenwart den Gläubigen nur hinderlich bei der Andacht sind?

Ich bitte die geehrte Redaktion um gefällige Aufnahme obiger Korrespondenz, damit die Welt erfahre, daß in Preußen ein neuer Kulturkampf ausgebrochen ist!

Aus Nr. 253 des Dziennik Berlinski

vom 31. Oktober 1902:

Einen Artikel über die Konopnickafest in Lemberg schließt der Dziennik Berlinski mit folgenden Ausführungen:

Einen großen Eindruck rief die Dank der preußischen „Schulkultur“ so berühmt gewordene Nepomucena Piaśnicka, die sichtbare Erinnerung der ganzen Breschener Angelegenheit, hervor, als sie während der Festfeier im Theater mit ihren fünf Kinderchen erschien, um der Jubilarin ihre Huldigung darzubringen. Die kleinen Kinderchen umgaben die Jubilarin im Kreise und küßten ihr die Hände, während sie — die Poetin — das jüngste Kind emporhob und es unter großem Jubel des ganzen Auditoriums herzlich abküßte. Der älteste Sohn der Piaśnicka überreichte ihr einen Palmenzweig mit Bändern, welche die Inschrift trugen: „Der Marie Konopnicka gewidmet von der Gymnasialjugend.“

Aus Nr. 253 des Dziennik Berlinski

vom 31. Oktober 1902:

Der an den Dziennik Berlinski gerichtete Brief des polnischen Schriftstellers Heinrich Sienkiewicz, betreffend die polnische Presse im deutschen Antheil ist dieser Tage auch in dem Pariser Blatt Le Gaulois — vom Herrn von Mycielski übersezt — erschienen.

(Die Uebersetzung dieses Briefes befindet sich in Nr. 40 des Gesamtüberblicks vom 7. Oktober d. J. S. 830/833.)

Aus Nr. 251 des Dziennik Berlinski

vom 29. Oktober 1902:

Ein großmüthiges Opfer.

In der vorgestrigen Wahlversammlung in der Vorstadt Posens, St. Lazarus, wurde bekannt gemacht, daß ein geachteter Bürger dem Provinzialwahlkomitee des Großherzogthums Posen die ansehnliche Summe von 20 000 Mark für Wahlzwecke zur Verfügung gestellt hätte.

Die hochherzige That jenes Bürgers freut uns um so mehr, als gerade der Dziennik Berlinski dasjenige Blatt war, welches im Interesse eines erfolgreichen Resultates der kommenden Land- und Reichstagswahlen zuerst die Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit eines größeren Wahlfonds gelenkt hat.

Aus Nr. 177 des Wiarus Polski
vom 29. Oktober 1902:

Essen.
Das hiesige Zentrumblatt, die Essener Volkszeitung schimpft in Nr. 246 seines Blattes die Polen als „Polenjö hne“.

Und solche Schmierblätter sind noch so schamlos, von den Polen zu verlangen, daß sie sich für die Zentrumabgeordneten erwärmen!

Aus Nr. 176 des Wiarus Polski
vom 23. Oktober 1902:

Dellwig.
Am Sonntag, den 19. Oktober d. J. ist in Dellwig ein Turnverein „Sokol“ ins Leben gerufen worden. 30 Landsleute sind als Mitglieder beigetreten. In den Vorstand sind gewählt worden: Michael Soltysiak als Vorsitzender, Franz Bogacki als Schriftführer und Simon Waszkowiak als Kassirer.

Die nächste Sitzung wird am 26. Oktober, Nachmittags 5 Uhr, im Lokal des Herrn Hilsebusch zu Vorbeck bei Grube „Neu-Köln“ abgehalten werden. Gelegentlich dieser Sitzung findet eine Ergänzung des Vorstandes, Aufnahme neuer Mitglieder und die Besprechung anderer wichtiger An gelegenheiten statt.

Landsleute — besonders die polnische Jugend — vernachlässigt nicht solche wichtige Angelegenheiten!

Franz Bogacki,
Schriftführer.

Aus Nr. 177 des Wiarus Polski
vom 24. Oktober 1902:

Neue Ausnahmestimmungen wider die polnischen Arbeiter.

Die polenfresserische Rhein. Westf. Ztg. berichtet:

Demnächst wird eine der größten der für den hiesigen Industriebezirk in Betracht kommenden Unfall-Berufsgenossenschaften sich dem Vorgehen der Bergbehörden in Sachen der deutschen Sprache anschließen und laut Schalker Zeitung die Bestimmungen der im Jahre 1899 erlassenen Bergpolizei-Verordnung in den Betrieben der Berufsgenossenschaft zur Anwendung bringen. In Ansehung der Betriebsgefahr, die durch die Beschäftigung von der deutschen Sprache nicht mächtigen Arbeitern entsteht, dürfen in den betreffenden Werken in Zukunft fremdsprachige Arbeiter nur beschäftigt werden, wenn sie der deutschen Sprache in Wort und Schrift genügend mächtig sind, um in deutscher Sprache geschriebene und gedruckte Vorschriften und Verordnungen und gegebene mündliche Anweisungen richtig auffassen zu können. Auch im Interesse der deutschen Sprache, die von der polnischen Agitation fanatisch bekämpft wird, ist ein solches Vorgehen freudig zu begrüßen.“

So schreibt das hakatistische Blatt. Ob diese Mittheilung auf Wahrheit beruht, wissen wir nicht, doch wäre es leicht möglich, daß die polenfresserischen Blätter durch die Veröffentlichung ähnlicher Gerüchte auf die zuständigen Stellen einen Druck auszuüben beabsichtigen, damit die dem Hakatismus erwünschten Verordnungen erlassen würden.

Wenn die Rhein. Westf. Ztg. schreibt, daß die die deutsche Sprache nicht beherrschenden Polen die Sicherheit in den Fabriken bedrohen, so hätte sie auch Beweise anführen müssen, daß die Unkenntniß der deutschen Sprache schon thatsächlich die Veranlassung eines Unglücksfalles gewesen ist. Wir bestreiten das entschieden, und behaupten, daß die Rhein. Westf. Ztg. diese Verordnung nur deshalb wünscht, damit sie wider die polnischen Arbeiter zur Anwendung komme.

Gegen diesen Mißbrauch der „Berufsgenossenschaft“ als Kampfmittel gegen die polnischen Arbeiter legen wir energischen Protest ein.

Solch' eine Verordnung wäre eine Ausnahmebestimmung für die polnischen Arbeiter, die sich einer Prüfung in der deutschen Sprache unterziehen müßten, während die deutschen Arbeiter, unter denen man sicher viele finden würde, die im Lesen deutscher Schrift nicht besser bewandert sind als wie die Polen, davon befreit wären.

Eine solche Verordnung, welche die Erwerbsgelegenheit eines gewissen Theiles der Arbeiter beschränkt, würde sich auch mit der Aufgabe des Unfallversicherungsgesetzes in Widerspruch setzen.

Deshalb fort mit diesen hakatistischen Gelüsten — fort mit diesen Ausnahmebestimmungen.

Aus Nr. 247 des Wielkopolanin
vom 25. Oktober 1902:

Bericht

über die Thätigkeit des polnisch-katholischen St. Vinzent a Paulo-Bereins in Grohn für die Zeit vom 6. April bis zum 12. Oktober 1902.

Grohn im Hannoverschen.

Nachdem die Versammlung eröffnet und das Lied „Gegrüßet seist Du, Königin“ gesungen worden war, erstattete der Vorstand Bericht über die Thätigkeit des Vereins aus dem verflossenen Halbjahre. Der Verein hatte 11 Sitzungen veranstaltet, welche von dem Vorsitzenden, Herrn W. Mikolaszczyk, geleitet worden sind. Es haben drei Vergnügungen stattgefunden, darunter eine Theatervorstellung. Es sind drei heilige Messen bestellt worden. Einem franken Mitgliede wurde eine Unterstützung bewilligt; für die katholische Kirche, welche in Grohn erbaut werden soll, wurden 30 Mark gespendet. Der Verein zählt 56 Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 196,80 Mark, die Ausgaben 114,36 Mark, sodaß ein Bestand von 82,44 Mark verbleibt. 100 Mark befinden sich in der Sparkasse; insgesamt besitzt also der Verein 182,44 Mark. Die Bibliothek, welche Eigenthum des Vereins ist, besteht aus 80 Büchern; außerdem besitzt der Verein eine eigene Fahne, ein Kreuz für Beerdigungen, ein Theaterkostüm, verschiedene Bücher und Noten zu Theateraufführungen und Tänzen, sowie eingerahmte Vereinsbilder und einen Bücherschrank. Für das laufende Halbjahr sind in den Vorstand gewählt worden die Herren: Kossa als Vorsitzender,

St. Olejniczak als stellvertretender Vorsitzender, M. Juszczał als Schriftführer, J. Jasniaczek als stellvertretender Schriftführer, Peter Szemplinski als Kassierer, St. Buchhold als stellvertretender Kassierer, S. Szyszka als Bibliothekar, M. Eniatala als stellvertretender Bibliothekar, Johann Wozniak als Fahnenträger, Johann Jasniaczek, St. Szyszka als Fahnenjunker, Jakob Roszewski als stellvertretender Fahnenträger, Johann Juszczał, Johann Olejniczak als Kassenrevisoren, St. Sitarz, W. Galas als Beisitzer. Nach der Vorstandswahl wurden Vereinsangelegenheiten erledigt; der Vorsitzende schloß sodann die Versammlung mit den Worten: Gelobt sei Jesus Christus!

M. Rossa, Vorsitzender.

M. Juszczał, Schriftführer.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 15—18 des Gonicz Polski
vom 5. August bis 20. September 1902:

Betrifft den Nationaltschatz.

Jahresversammlung
der Oheraufsichtskommission des Nationaltschatzes
in Rapperswil
am 3. und 4. August d. J.

Die Jahresversammlung der Oheraufsichtskommission fand in Gemäßheit der bestehenden Bestimmungen und laut des aufgestellten Programms statt. Zwecks Durchsicht und Kontrolle der Rechnungen, sowie Feststellung des Schatzfondsbestandes berief der Vorsitzende der Oheraufsichtskommission, Oberst J. Milkowski, die Mitglieder dieser Kommission, die Delegierten des ausführenden Ausschusses des Vereins für die polnische Auswanderung und des Rathes des Nationalmuseums, außerdem die berechtigten Kontrolleure zu einer Hauptsitzung ein. Ausweislich der den Fondsbestand ergebenden Beläge betrug der Nationaltschatz am 1. Februar d. J. 222 385,65 Fr. Seit dieser Zeit bis zum 4. August kamen hinzu an Beiträgen 4878,56 Fr., an Zinsen 5219,25 Fr., überdies wurden beim Wechseln des Geldes 25,05 Fr., sowie durch Auslösung von Werthpapieren 501 Fr. verdient. Nach Abzug der Post- und Bankgebühren in Höhe von 65,10 Fr., sowie des Betrages für die erwähnten Werthpapiere in Höhe von 353,25 Fr. erhielten wir den endgültigen Bestand des Schatzes am Tage der Versammlung der Oheraufsichtskommission in Höhe von 232 591,16 Fr. Davon waren 226 962,60 Fr. in Werthpapieren angelegt, der Rest bestand in baarem Gelde. Nicht miteingerechnet in die obige Summe war natürlich die, einige Tage nach der Jahresversammlung von dem Zensor des polnischen Nationalverbandes von Nordamerika eingesandte und den Betrag für das erste Semester des laufenden Jahres bildende Summe von 5855 Fr. In Uebereinstimmung mit diesem Kassenbestande wurde die Zinshöhe für das abgelaufene Jahr auf 8528,40 Fr. festgestellt. Zur Verfügung der Schatzkommission für die gegenwärtig in Lande thätige Organisation standen in diesem Jahre 5685,60 Fr., d. i. zwei Drittel des vorerwähnten Betrages.

In der vertraulichen Sitzung der Oheraufsichtskommission wurde beschlossen, daß dieser Betrag, wie in den Vorjahren, der vollständig den Bedingungen des § 22 der Bestimmungen entsprechenden Nationalliga ausgezahlt werden solle. Dieser Para-

graph bestimmt bekanntlich, daß von diesem Dispositionsfonds lediglich die politische Organisation Gebrauch machen kann, welche die Verkörperung der nationalen Bewegung bildet und sie thatsächlich leitet, welche also in dem politischen Leben der polnischen Nation eine ähnliche Stellung wie die Organisation des Zentralkomitees im Jahre 1862 einnimmt.

In der Hauptsitzung berichtete auch der Vorsitzende des Vereins für die polnische Auswanderung, Prof. W. Gajchutowitz, über die zu Gunsten des Schatzes von dem Verein innerhalb und außerhalb der Gruppen geführte Agitation. Er machte auch Mittheilung über den Verlauf der Delegirtenversammlung, welche im Januar d. J. stattfand und über welche den Mitgliedern durch Vermittlung des Vereinsorgans, des Gonicz Polski, berichtet worden ist.

Die Oheraufsichtskommission dagegen beschäftigte sich, außer mit der Erledigung einiger innerer Angelegenheiten in vertraulichen Sitzungen, mit Ergänzungswahlen. Für die nächste dreijährige Periode wurden Oberst J. Milkowski zum Vorsitzenden, Dr. A. Lewakowski zum Schriftführer wiedergewählt, stellvertretender Vorsitzender wurde E. Korytko.

Hiermit schließen wir den Rechenschaftsbericht. Wir erlauben uns jedoch die erfreuliche Thatsache festzustellen, daß die Anzahl der Beiträge sowohl der Ziffer, als auch der Herkunft nach sich sehr bessert. Es giebt wohl jetzt keinen polnischen Landestheil mehr, in welchem der Gedanke an den Nationaltschatz nicht immer tiefer Wurzel schlägt und sich der Grundsatz von einer Nationalsteuer nicht immer weiter verbreitete.

* * *

Denken wir an den Nationaltschatz!
Die Hauptsammelstellen sind:

a) die Zentralkasse des Auswanderungsvereins:
Kassierer E. Korytko, 45, rue de Previze,
Paris, 9 e.

Erheber: S. Tchorzewski, 40, rue de
Marché, Genève.

E. Baade, 63, Müller-Straße, Zürich, III.

Die Verwaltungsstelle des Gonicz Polski:
S. Lewenhard, 44, rue du Montparnasse,
Paris 14 c.

b) Die polnische Schatzkommission in Paris:
Paris, 17 e.

Kassierer: B. Rubach, 15, rue Lamandé,

c) Das Bureau des Zensors des polnischen Nationalvereins in Nordamerika:

Adresse: Dr. L. Sadowski, 2625, Penn
Ave, Pittsburg, Pa.

Die Vermittelung bei der Uebersendung der
Beiträge an die Hinterlegungsstelle übernimmt:
Das Nationalmuseum in Rapperswil:

der Museumsdirektor Oberst J. Galenowski, 85, boulevard Malesherbes,
Paris, 8 e.

der Museumskustos W. Ruzyski de Rosen-
werth, Rapperswil (Schweiz).

Durch Vermittelung vorstehend aufgeführter
Anstalten und aller Gesellschaften und Gruppen des
polnischen Auswanderungsvereins kann der neunte
Rechenschaftsbericht über den Umsatz der Fonds des
Nationaltschatzes für das Jahr 1901 bezogen werden.

Nr. 252 der Nowa Reforma

vom 1. November 1902:

P o s e n , den 29. Oktober.

(Erörterungen über den Antrag des Chrzanowski. — Deren Folgen. — Das Umding der rücksichtslosen Solidarität. — Der Ausstellungsvorschlag. — Selbständigkeit der Städte. — Das Provinzialkomitee und die Beschleunigung der Vornwahlthätigkeit. — Schlesien erwacht. — Folgen der Rede des Abgeordneten Mizerski, gehalten gelegentlich des Festmahls zu Ehren der Konopnicka in Krakau.)

Durch ganze drei Wochen wurde in unserer Presse die vom Abgeordneten Bernhard v. Chrzanowski angeregte Frage besprochen, nämlich, ob es sich der veränderten Lage, Schlesien und den erhöhten Getreidezöllen gegenüber, nicht empfehlen würde, die Solidarität in unseren Abgeordnetenkreisen lediglich auf die nationalen Angelegenheiten zu beschränken, in wirtschaftlichen Sachen dagegen den Abgeordneten die „in dubiis libertatem“ zu belassen. Durch drei Wochen prallten, mitunter sogar recht scharf, die Ansichten auf einander, die Abgeordneten und hervorragende Bürger ergriffen das Wort, damit schließlich Alles beim Alten bleibe. Scheinbar ist dies der Fall. Die Gegner der unbedingten Solidarität blieben nämlich in der Minderheit und der Antrag des Abgeordneten v. Chrzanowski fiel. Im Grunde genommen blieben jedoch diese Erörterungen nicht ohne Erfolg. Es steht fest, daß der Grundsatz der unbedingten Solidarität und mit ihr zugleich das Uebergewicht der agrar-konservativen Elemente stark erschüttert wurde. Die Unmöglichkeit, (absurdum) dieses Grundsatzes zeigte sich übrigens zur rechten Zeit. Die Mehrheit unserer Presse erklärte sich für die Erhaltung der Solidarität, jedoch gegen die Zölle. In der Fraktion besitzen indeß die Agrarier, die Anhänger der Zölle, noch die Mehrheit für die Solidarität, die Minderheit, die Gegner der Zölle, mußte sich also deren Entschlüssen fügen — na, und die polnische Fraktion als solche stimmte — entgegen der Meinung und den Absichten der Mehrheit der Gesellschaft, für die Zölle. Dies öffnete Vielen die Augen und wer weiß, was im nächsten Jahre in den Vornwahlversammlungen, in welchen wir unsere höchste Wahlbehörde, die Kreisdelegierten, die mit dem Provinzialkomitee über Alles Bestimmung treffen, wählen werden, geschehen wird. Es zeigt sich übrigens bereits, daß die bis jetzt noch regierenden Kreise es selbst fühlen, wie ihnen der Boden unter den Füßen schwindet und daß, um zu retten, was zu retten ist, eine andere Taktik eingeschlagen werden muß. Dies beweist die Rede des Abgeordneten v. Dziembowski für die Zölle, welche ausdrücklich feststellt, daß sich die Verhältnisse geändert hätten und daß jetzt in der ganzen Gesellschaft das Interesse des polnischen Volkes vorherrsche. Sogar den Fraktionsbeschuß für die Zölle bemühte sich der Redner mit der Rücksicht auf das Wohl des Volkes zu entschuldigen, was ihm leider mißglückte. Jedenfalls beweist auch diese Rede, daß der Wendepunkt eingetreten ist, daß die Zusammensetzung unserer Gesellschaft, sogar der äußeren Form nach, sich geändert hat. Dafür haben wir übrigens noch andere Beweise. Der Posener Industrie-Verein beabsichtigt in der Hauptstadt der Provinz eine landwirtschaftlich-industrielle Ausstellung zu veranstalten, um unsere Fortschritte auf allen wirtschaftlichen Gebieten zu zeigen und die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß sie Alles, was sie braucht, bei ihren Landsleuten beziehen kann und daß es daher eine Sünde wäre, deutschen Handel und deutsche In-

dustrie zu unterstützen. Es wurde auch beschlossen, auch die Landwirtschaft zur Betheiligung aufzufordern. Noch vor 20 Jahren wäre etwas Ähnliches nicht möglich gewesen. Damals hätten die Stadtbürger zunächst noch nach der Ansicht des Landadels, als der herrschenden Gesellschaftsklasse, gefragt und gewissermaßen dessen Genehmigung nachgesucht, ohne ihn hätten sie nicht gewagt, an eine solche Sache, wie die Ausstellung, heranzutreten. Jetzt fühlen sich die Städte so stark, so selbständig, daß sie darüber selbst beschließen und den Adel, die Gutsbesitzer zur Betheiligung auffordern. Uebrigens ist eine derartige Ausstellung sehr nöthig und wird sicherlich gelingen.

Auf die Erörterung über den Antrag des Abgeordneten v. Chrzanowski noch einmal zurückkommend, muß ich hier dessen positiven Erfolg hervorheben und zwar, daß er unser Provinzial-Wahlkomitee veranlaßte, früher, wie gewöhnlich mit der Wahlagitation zu beginnen. Während es früher sich im letzten Augenblick vor den Wahlen an die Arbeit herannachte, was auf das Wahlergebnis sehr unvortheilhaft einwirkte, hat es diesmal bereits einen Wahlaufruf erlassen und in demselben den Kreis Komitees empfohlen, die Wahlaktion auf eine möglichst breite Unterlage, auf die Volksorganisation zu stützen. Wenn das Komitee sich die Sache wird angelegen sein lassen, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß die Wahlen über's Jahr einen guten Verlauf nehmen werden.

Schlesien erwacht immer mehr. Die Stimmenabgabe der polnischen Fraktion für die hohen Getreidezölle, welche den Interessen des polnischen Volkes in Oberschlesien zuwiderlaufen, konnten zwar daselbe der polnischen Fraktion und den Posener Brüdern abgeneigt machen, doch hat sich die Sache glücklicherweise so gestaltet, daß die Stimmen der polnischen Abgeordneten weder für, noch gegen die Zölle ausschlaggebend sind. Das Stimmen der polnischen Fraktion hat also nur eine theoretische Bedeutung und die Schlesier werden es wohl nicht sehr übelnehmen. Ihre Aufmerksamkeit wird übrigens auf eine andere, äußerst positive und bezeichnende Erscheinung gelenkt. Bekanntlich ist die katholische Geistlichkeit in ihrer ungeheuren Mehrheit deutsch und der nationalen Bewegung feindlich gesinnt. Sie hindert bis jetzt nicht nur am meisten die nationale Wiedergeburt und fesselt die Schlesier an das Centrum, sondern sie germanisirt auch ihrerseits das polnische Volk, namentlich die Kinder in geradezu empörender Weise. Die wenigen national-polnischen Geistlichen, welche dort überhaupt vorhanden sind, hatten bis jetzt nicht den Muth, gegen diese Bestrebung der Mehrheit ihrer Amtsbrüder aufzutreten. Jeder national gesinnte Geistliche in Schlesien muß übrigens von vornherein darauf vorbereitet sein, daß wenn er noch keine Propstei besitzt, er sie niemals erhalten wird, sondern sein ganzes Leben auf Vikariaten und Verwaltungen zubringen wird. Dies hat Viele von der Kundgebung ihrer nationalen Gefühle abgehalten. Indessen hat sich jetzt ein nationaler Priester gefunden, welcher mit bewunderungswürdigem zivilen Muth den geistlichen Germanisatoren den Fehdehandschuh hinwarf. Es ist dies der Geistliche Skowronski, Propst in Ligota bei Biala in Oberschlesien. Ein Pole mit Leib und Seele, gab er jetzt eine deutsche Broschüre heraus, in welcher er die ganze Schmach der Germanisirung durch die Kirche treffend schildert, geradezu schreckliche Beispiele der Karrierenreiterei unter der Geistlichkeit anführt und zur Aenderung des Verhaltens auffordert. Diese Broschüre schlug wie ein Blitz in die deutsche Geistlichkeit und die Zentrums Presse ein. Ihre Folgen

können von ungeheurer Tragweite sein; denn zum ersten Mal spricht so ein Priester in Schlesien. Sein Beispiel wird sicherlich aufmunternd auf andere einwirken. Und mögen sich nur noch mehr solcher Bühnen finden und es wird ein Sturm entstehen, welcher die Macht der geistlichen Germanisatoren vernichten wird. Der Pfarrer Skowronski ist heute die volkstümlichste Erscheinung in Schlesien. Ehre sei ihm für diesen patriotischen Schritt.

Bekanntlich hat die preussische Regierung die Veranstaltung von Jubiläumsfeierlichkeiten für die Koponicka verboten; wir haben uns deshalb an Curer Feier betheiligt. Aber auch dies können die Deutschen den Theilnehmern an dieser Feier nicht schenken. Sie ließen ihre Wuth an dem Abgeordneten Mizerski aus, welcher als Konsistorial-Syndikus gewissermaßen eine amtliche Stellung einnimmt. Mizerski hat sich daher betrogen gefühlt, eine Berichtigung in den deutschen Blättern zu veröffentlichen.

Diese Berichtigung wird Euch vielleicht überflüssig oder gar demüthigend erscheinen; auch wir sind der gleichen Ansicht. Doch die haktatistische Presse hat daraus ein Staatsverbrechen gemacht und sogar die Person des Erzbischofs hineingezogen. Und feinetwegen hat Mizerski die Berichtigung veröffentlicht. So weit ist die Verfolgung doch noch nicht gediehen, daß wir uns nicht an allgemein polnischen Festlichkeiten betheiligen sollten. Das neue Geschlecht wird übrigens auch solche Entschuldigungen nicht mehr veröffentlichen, denn es weiß, daß die Diplomatie bei uns nichts erreichen wird, uns dagegen nur schaden kann.

A. Z.

Aus Nr. 288 des Naprzód
vom 21. Oktober 1902:

Der Redakteur des Dziennik Poznański stattete dem Halyczanin (ein galizisches Blatt), einen Besuch ab. Unter dem Titel „Ein angenehmer Gast“ lesen wir im Halyczanin, daß dessen Redaktion am Sonnabend von dem Herrn Wladislaus von Lebinski, dem Redakteur des Dziennik Poznański, welches Blatt wegen seiner russenfreundlichen Gesinnung mit Recht „Dniwnik“*) genannt wird, ein Besuch abgestattet worden sei. Bei dieser Gelegenheit nennt der Halyczanin den „angenehmen Gast“ einen wackeren Vertheidiger des slavischen Elements. Herr von Lebinski ist — nach der Information seiner „russischen“ Freunde — auf kurze Zeit nach Lemberg gekommen; desto größer war seine Höflichkeit.

Bisher haben der Dziennik Poznański und der Halyczanin gegenseitig ihrer Anerkennung Ausdruck verliehen und zwar nur mit Hilfe des Abdruckes von Artikeln und des lobenswerthen Kommentirens derselben. Gegenwärtig erfolgte eine nähere Berührung dieser brüderlichen Seelen. Ob nicht auch eine nähere Berührung der brüderlichen Hände bei dem angenehmen Geräusch der Staatscreditpapiere (Rubel) — der Mutter Moskau oder des Pitier — (was dieser Ausdruck bedeuten soll, ist unverständlich. Red. d. Gef.-Ueberbl.) eintreten wird, darüber schweigt der Halyczanin.

Die diesen Redaktionen so angenehme Sprache der Murawiew und der Katkow gebrauchend sagen wir: „Małaja, no czestnaja kompania“ (eine kleine, aber ehrenwerthe Kompanie).

*) Die russische Uebersetzung von Dziennik (Tageblatt). Red. d. Gef.-Ueberbl.